

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wesenspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark. für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon 72206 — **Postkontonummer Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig:
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Insertionspreis: Die 10geleit. Kolonnenzeile 35 Pf., bei Wabrordr. 40 Pf.
Stellenangebote 10geleit. Kolonnenzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatisten die 10geleit. Kolonnenzeile mit 50% Nachsch. Reklamszeile 2 Pf. Inzerate u. ausw.: die 10geleit. Kolonnenzeile 40 Pf. bei Wabrordr. 50 Pf. Reklamszeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkanthanten entgegen

Wehrminister Gröner!

Der Schicksal Hindenburgs

Gestern nachmittag, zu spät, um noch in der Gesamtaufgabe anderer Zeitungen Aufnahme zu finden, funkt WTB:

Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichsfinanziers den Reichswehrminister Dr. Gessler auf seinen Antrag vom Amt des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Gröner zum Reichswehrminister ernannt.

Die Deutsche Volkspartei münzt ein wenig Verärgerung, weil nicht ihr Alerweltsadmiral Brininghaus die Ministerhöhe erklimmen konnte. Im Grunde ihres Herzens wird sie nicht weniger zufrieden mit Gröner sein. Sie darf von ihm sogar hoffen, daß er nicht jene Totschickigkeit beweist, die zu dem Admiral der Tabakproben gehört. Für die Einschätzung des Generalis Gröner ist beachtenswert, daß nach seiner Ernennung sogar die Deutschnationalen ihre vorher geäußerten Bedenken zurückgestellt haben. Sie können das mit ruhigem Gewissen tun; denn schließlich hat dieser General seine Ministerlaufbahn in der Republik in dem ersten sozialistischen reinen Kabinett beendigt begonnen, dann war er verantwortlicher Minister in dem Katschrophenkabinet Cuno, das Deutschland in den Rüstkrieg, die Billomontinstation hinein- und aus dem Abgrund des schicksalhaften Bürgerkrieges heranzuführen, und zuletzt hat er ja seit „Verständnis“ für die sozialen Äkte der Arbeiterklasse mit jenem berühmigt gewordenen Auspruch dokumentiert, den er als Leiter des Kriegsamtes 1917 freilichenden Proletariats entgegenstellte: Ein Hundstot, wer stirbt!

Das ist der neue Wehrminister!

Gröner und Köhler

Die Eröffnungssitzung des Reichstages

Berlin, 19. Januar.

Der Reichstag hat seine Pforten aufgetan. Noch wußte man nicht, ob der erste Sitzungstag gleichzeitig auch das Signum eines „großen Tages“ tragen würde. Die Entscheidung darüber war dem Reichstagsrat zugewiesen, der vor Beginn der Plenarsitzung zusammentrat. Er beschloß, zunächst nur die Etatrede des Finanzministers entgegenzunehmen, um dann die Sitzung abzubrechen. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion ist Genosse Severing vorgesehn, und auf diesen konzentriert sich die gesamte politische Aufmerksamkeit. Durch den Beschluß des Reichstagsrates kommt er am Freitag als erster zum Wort, und damit hatte die heutige Sitzung jedes Interesse verloren.

Die Rede des Finanzministers dauerte zwei Stunden lang, ohne daß er wesentlich neue Gesichtspunkte entwickelt hätte. Kein Wunder, daß die Zahl seiner Hörer immer kleiner wurde, um so mehr, als während seiner Rede die Ernennung des Generalis Gröner zum Reichswehrminister offiziell verkündet wurde.

Die Republik hat also einen neuen Kopf. Einen General an der Spitze der Wehrmacht, dem eigentlich die Aufgabe zugewiesen wäre, diesen Augustfall auszukurieren. Die Volkspartei hat ihren Anspruch auf diesen Posten unter dem Zwang der Verhältnisse aufgegeben, obwohl noch in den letzten Stunden der Name Kordorff genannt worden war. Jedenfalls war bereits am Mittwochabend die Entscheidung gefallen. Herr Hindenburg hatte sich jedem Provisorium abhold gezeigt. Am Donnerstag wurden die Parteiführer über den endgültigen Vorschlag befragt, wonach um die Mittagsstunde die Ernennung Gröners amtlich getätigt worden ist.

Herr Gröner ist kein Reuling auf den Ministerstühlen der Republik. Er hat bereits den beiden Kabinetten Wirth angehört, dann ist er in die Widerstandsregierung des unseligen Cuno übernommen worden. Der neue Minister kennt also den Betrieb und er kennt auch die Republik, die ihn jetzt an die Spitze ihrer Wehr berufen hat. Seine Aufgabe müßte darin bestehen, den unglaublichen Zuständen in dem Heer der Hunderttausend Einhalt zu gebieten. Nicht nur den dunklen Kreisläufeln unter der Firma der neuen „Wehrmachtspolitik“, den geheimnisvollen Mächtigungen aller Art. In erster Linie vor allem der geradezu unsagbaren Geldwirtschaft, die unter Gessler — ob mit seinem Vorwissen oder nicht bleibe dahingestellt — im Wehrministerium getrieben worden ist. Wir erinnern an den Pföbusfall.

Gerade in diesen Tagen wurden in der Weltbühne erneut bemerkenswerte Andeutungen gemacht. Danach ist über dieser Wirtschaft das Wehrministerium völlig auseinandergefallen. In der Weltbühne wird mitgeteilt, daß zuerst nur noch die Marinestreife hinter Dr. Gessler gestanden hätten, womit die Entscheidung im Falle Kolbe ohne weiteres zu verstehen wäre. Die Offiziere der Landwehreinheiten hätten sich ob dieser unsinnigen Geldwirtschaft offen gegen den Minister ausgesprochen, und erst dadurch sei dessen Position völlig unhaltbar geworden. Man habe Herrn Gessler offen die Gefolgschaft versagt, wodurch der „Gesundheitszustand“ des Wehrministers entscheidend beeinträchtigt worden sei.

Nun tritt ein General an die Stelle des Zivilisten, ein Fachmann, der den Betrieb aus eigener Anschauung kennt. Man sagt ihm nach, daß er schon unter Wilhelms Zeiten demokratische Anschauungen vertreten habe. Damit ist nicht gesagt, daß er sie heute noch haben müßte. Zunächst wird er dies zu beweisen haben. Wie dieser Beweis ausfallen wird, dürfte kaum zweifelhaft sein. Die Haltung Hindenburgs, des Bürgerkinds und der Deutschnationalen sind Beweis genug dafür. Und ausgerechnet die Germania schreibt, daß Gröner an der Niederwerfung des Munitionsarbeiterstreiks von 1917 entscheidenden Anteil hatte. Diese Feststellungen des führenden Zentrumsorgans sind vieldeutig genug.

Stresemanns „Bilanzverschleierung“

Scharfe Kritik am Etat des Auswärtigen Amtes

SPD Der Reichsaussenminister hat den Präsidenten des Reichstages gebeten, mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wegen seines bevorstehenden Urlaubs schon in der nächsten Woche zu beginnen. Da die Ausschussberatungen über den Etat in einigen Tagen abgeschlossen sein dürften, wird dem Antrage Dr. Stresemanns entsprochen und voraussichtlich am kommenden Donnerstag mit der auswärtigen Debatte begonnen werden.

Im Verlaufe der am Donnerstag im Haushaltsausschuss des Reichstages geführten Debatte über die Kosten des Auswärtigen Amtes nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Brellscheid Gelegenheit, zunächst die Unklarheiten des Etats unter Anwendung zahlreicher Einzelheiten auf das Schärfe zu tadeln. Man könne diese Unklarheiten schon fast als Bilanzverschleierung bezeichnen. Die vorgebrachten Daten erschienen auch dem Ausschuss so schwerwiegend, daß ein Unterausschuss beauftragt wurde, sich des genaueren mit dem Etat des Auswärtigen Amtes zu befassen. Brellscheid tabellte weiter die Ausbreitung des parlamentarischen Systems im Auswärtigen Amt und kritisierte, daß die Leitung des Amtes der vielfach in den Kreisen der Mitteln vorherrschenden republikanischen Einstellung nicht genügend entgegengetrete. Auch die Regelung der Frage der Sozialattachés sei gänzlich ungenügend. Das Rüstbündlerreferat müsse weiter ausgebaut werden. Die deutschen Delegationen zum Völkerbund seien viel zu groß und kostspielig.

Der Militarismus in Frankreich

WTB Paris, 19. Januar.

Die Kammer hat in ihrer heutigen Vormittagsitzung die Beratung des Rekrutierungsgegesetzes soweit gefördert, daß nachmittags das Kompromiß genehmigt werden konnte, das gestern im Heeresausschuss über die Bedingungen für die Einführung der einjährigen Dienstzeit zustande gekommen ist. Dieses Kompromiß sieht als Vorbedingungen vor:

1. Die Rekrutierung eines weiteren Kontingents von Berufs-soldaten, so daß der Gesamtetat von 72 000 auf 106 000, davon 30 000 für die Kolonialarmee, gebracht werden kann.
2. Rekrutierung von 15 000 Militärbeamten.
3. Rekrutierung eines ständigen Zusatzkontingents von Zivilbeamten, so daß der Gesamtstand auf 30 000 Mann erhöht wird.
4. Rekrutierung weiterer Mannschaften für die republikanische Garde, um den Gesamtbestand auf 15 000 herauszuföhren.

Der Artikel wurde in dem Wortlaute, den der Heeresausschuss gestern festgelegt hatte, angenommen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung. Der folgende Paragraph bestimmt, daß alle Maßnahmen, die im vorangehenden Artikel ausgeführt werden, bis 1. November 1930 durchgeföhrt werden müssen und daß dann die einjährige Dienstzeit obligatorisch wird. Auch hierüber entspann sich eine längere Debatte. Gegen einen Antrag des Abg. Renaudel, die einjährige Dienstzeit am 1. Mai 1930 einzuföhren, stellte der Kriegsminister die Vertrauensfrage, worauf der Antrag mit 330 gegen 188 Stimmen abgelehnt wurde.

SPD Paris, 20. Januar. (Radio.)

Die Kammer hat noch am Donnerstagsabend das gesamte Rekrutierungsgegesetz mit 410 gegen 33 Stimmen angenommen. Die Sozialisten enthielten sich der Abstimmung.

General Sandino gefallen!

New York, 19. Januar.

Nach hier aus Nicaragua vorliegenden sehr unklaren Meldungen soll General Sandino bei dem amerikanischen Luftangriff auf seine Stellungen bei Chipiste am Sonnabend voriger Woche angeblich mit 40 Anhängern gefallen oder schwer verwundet worden sein. Die Stellungen sollen vollkommen geräumt worden und die Anhänger Sandinos in die Sumpfe an der Grenze von Honduras oder sogar hinter die Grenze nach Honduras geflüchtet sein. Eine Befestigung dieser Melbung bleibt abzuwarten. Die amerikanischen Marinegruppen sollen in den nächsten Tagen das ganze Gelände abfluchen.

Ungültige Wahlen!

Die Urteile des Staatsgerichtshofes

Die mit Spannung erwarteten Urteile des Staatsgerichtshofes, die die Unvereinbarkeit von Wahlvorschriften der Länder Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz mit der Reichsverfassung aussprechen und diese Vorschriften deshalb als ungültig hinstellen, sind endlich auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Ihr Inhalt ist entscheidend für die Frage, ob auch Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes vom 6. Oktober 1926 als ungültig zu erachten sind. Da es zu weit führen würde, die Urteile in ihrem ganzen Wortlaut zu veröffentlichen, sollen hier nur die Sachen besonders berührenden Streitfragen berücksichtigt werden.

Da Sachsen keinen Staatsgerichtshof hat, würde ein Streit über die Gültigkeit des sächsischen Landtagswahlgesetzes vor dem Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich auszusprechen sein. Zu der Frage berechtigt ist nach den Urteilen jede politische Partei. Es heißt:

„Wollte man in solchen Fällen mit den Fraktionen die Parteifähigkeit zuerkennen, so würde es gerade dann, wenn die Wahl des Landtags und damit die Bildung der Fraktionen auf dem in seiner Rechtsgültigkeit bestrittenen Wahlrechte beruht, leicht möglich sein, daß eine Fraktion, die an der Klärung der Wahlrechtsstreitfrage ein Interesse nähme, überhaupt nicht vorhanden wäre. Den benachteiligten Wählern würde dann der verfassungsmäßige Rechtschutz überhaupt fehlen, da man nicht so weit gehen kann, ihn dem einzelnen Staatsbürger zu gewähren. Es erweist sich deshalb als notwendig, ihn den politischen Parteien nicht vorzuenthalten.“

Ueber die Frage der **Zählbarkeit von Unterschriften** unter den Wahlvorschriften stellt der Staatsgerichtshof den Grund auf, daß Unterschriften unter den Wahlvorschriften nur gefordert werden dürfen, um sicherzustellen, daß allein ernstgemeinte Vorschläge eingebracht werden. In dieser Beziehung heißt es über die Begrenzung der Zahl der Unterschriften:

„Ein Anhaltspunkt für die benötigte Unterschriftenzahl gibt das Reichstagswahlgesetz, das für die Kreiswahlvorschlüge 500 Unterschriften verlangt. Wenn sich das Reich auch für die größten Wahlkreise hiermit begnügt, so kann man daraus entnehmen, daß 500 Unterschriften die für die ordnungsmäßige Durchführung der Verhältniswahl notwendige Sicherheit gegen überflüssige Wahlvorschlüge bieten. Die Vorschrift des Reichswahlgesetzes ist für die Länder natürlich nicht unmittelbar bindend. Sie beweist aber, daß die Verhältniswahl als solche eine höhere Unterschriftenzahl nicht erfordert. Die Zahl von 500 Unterschriften muß deshalb überhaupt als die Höchstgrenze bezeichnet werden. In kleineren Wahlkreisen muß unter sie sogar noch entsprechend heruntergegangen werden.“

Als Schlußanwendung für Sachsen ergibt sich, daß die im sächsischen Wahlgesetz erforderliche Zahl von 500 Unterschriften nicht zu beanstanden ist, worauf wir übrigens früher schon hingewiesen haben. Unvereinbar mit der Reichsverfassung ist nach dem Urteil die Forderung auf Stellung von Nuntionen bei Einreichung von Wahlvorschlügen bisher im Landtag nicht vertretenen Parteien. Es heißt hierüber:

„Nicht angängig ist es, die Forderung einer Geldzahlung bei Einreichung von Wahlvorschlügen damit zu begründen, daß sonst ein Mißbrauch mit der Urstimmwahl zu befürchten sei. Dieser Anschauung gegenüber muß vielmehr betont werden, daß es den Grundgedanken des Verfassungsrechts der Deutschen Republik widerspricht, die Ausübung des Wahlrechts, des höchsten staatsbürgerlichen Rechts, irgendwie von einer vermögensrechtlichen Leistung abhängig zu machen. Jeder Versuch in dieser Richtung muß grundsätzlich zurückgewiesen werden. Um ernsthaften Unzulänglichkeiten, die sich an die Verhältniswahl knüpfen könnten, zu steuern, müssen andere Wege gefunden werden. Daß dies möglich ist, zeigt das Reichswahlrecht, das die Einreichung von Wahlvorschlügen vermögensrechtlich nicht belastet.“

Mit diesem Urteil fällt eine wichtige Bestimmung des sächsischen Landtagswahlgesetzes. Da sie also ungültig ist, müssen auch die letzten Wahlen ungültig sein.

In der Streitliche Mecklenburg-Strelitz hatte das verklagte Land eingewendet, die beanstandeten Wahlvorschriften, die es nach seiner Verfassung durch Notverordnung erlassen habe, seien durch den (neuegewählten) Landtag nachträglich genehmigt worden. Diesen Einwand tut der Staatsgerichtshof mit folgenden Erwägungen ab:

„Das Land überflieht dabei, daß der Landtag, der diesen Beschluß gefaßt hat, bereits auf Grund der beanstandeten Verordnung gewählt worden ist. Daraus folgt, daß er, selbst wenn er zu Recht bestehen sollte, nicht befugt ist, die Zweifel, die gegen die Rechtsbeständigkeit der Wahlrechtsübertragung erhoben sind, zu beseitigen, ihre Prüfung dem Staatsgerichtshof zu entziehen.“

Auch in Sachsen hat sich der Landtag für die Gültigkeit der Wahl ausgesprochen. Aber er hat nur die formale Gültigkeit

„Weitermachen!“

Gehler

Von Paul Levi.

Der verflorene Reichwehrminister Dr. Gehler hat im Reichstag manchmal, vielfach, Positionen gehalten, die unähnlich schienen. Der Einmarsch in Sachsen, der deutsch-russische Giftdesertionsvertrag, die Geheimfonds, die Etatsansätze überhaupt, die schwarze Reichswehr, die Fememorde: gab es in den sieben Jahren seiner Reichswehrträtigkeit ein Jahr, in dem er nicht seinen Stempel hatte, der so groß war, daß normalerweise ein Minister hätte fallen müssen? Gehler aber stand und blieb. Wenn der lange schlaffe Mann da oben stand und auf bayrisch seine Harmlosigkeit erzählte, wenn er da mit dem Mund rebete und mit den Augenbedeln dazu lächelte, hatte er damit den Reichstag schon immer halb gewonnen. Er war schlau, war gerissen, vielleicht nicht überwältigend an Verstandesstärke, aber hinreichend intelligent, nur zu handeln nach dem Grundsatz: si fecisti, noga; hast du's getan, dann leugne. Er gab nur zu, was schon bewiesen war; was nicht bewiesen war, das kannte er nicht. Was er zugab, das war „andere gemeint“, falsch aufgefaßt, war die natürlichste Sache von der Welt. Was er leugnete, das war unmöglich; denn sonst hätte er, der Minister, es doch wissen müssen. Er hat nur politisch gelündigt und nicht kriminell, und das ist schade: er hätte, als ständiger Kunde im Moabit-Kriminalgericht, einen für Deutschland neuen Typus geschaffen, den des intelligenten Spitzhubs. Er hätte alle Landgerichtsrichtern mitgegeben; denn die sind — ah — alle miteinander nur eingestuft auf den in Deutschland üblichen Typus des dummen Teufels. War aber bei allem Talent, aller Schlaueit, aller Gewandt-, Gerieben- und Geirrenheit der Weg verbaut, war keine Tür mehr offen, schienen alle Auswege genommen, dann hatte er noch einen Trumpf auszuspielen, er berief sich sozusagen auf seinen § 51; dieser Strafausschließungsgrund war — sein Vorgänger. Schien alles verloren, dann pflegte er zu sagen: „Aber, meine Herren, denken Sie doch daran, wie ich die Reichswehr übernommen habe! Wer will leugnen, daß es seitdem besser geworden ist?“ Auf diese Einwendung war schließlich etwas zu sagen; mehr als einmal ist mit ihr Herr Dr. Gehler der Säckling entwischt, die schon sich zuzuziehen schen.

Vor dem Deutschen Reichstag also hat Herr Dr. Gehler recht gehalten, in sieben Jahren. Der Deutsche Reichstag aber ist nicht — kein Freund und kein Feind wird es behaupten — das Weltgericht. Es gibt noch andere Instanzen, vor denen Recht zu bekommen, vielleicht noch mehr wert ist und wir möchten versuchen, von diesem Gesichtspunkt aus das Wirken des Herrn Dr. Gehler zu werten. Dabei täte man ihm natürlich unrecht, würde man von ihm verlangen, er hätte sollen ein sozialistischer Wehrminister sein. Unsere Interessen und Wünsche, die Reichswehr anlangend, sind solche, daß wir deren Erfüllung von einem bürgerlichen Wehrminister gar nicht verlangen können. Von keinem bürgerlichen Standpunkt aus aber hat ein Wehrminister in Deutschland eine konkrete Aufgabe, die ist: zwischen der Armee und der Zivilbevölkerung ein Verhältnis herzustellen, das eine Kriegsführung überhaupt möglich macht. Diese Aufgabe ist klein, ist eine Aufgabe von Berufssoldaten, von Unteroffizieren und Offizieren. Sie ist eine Kameraderie; die Massen können ihr erst zustimmen, wenn es ernst wird, eben aus der Zivilbevölkerung. Ein Wehrminister oder Soldat, der glaubt, diese Massen seien zu finden im Stahlhelm oder so wo, ist ein Narr. Die Zivilbevölkerung, ohne deren tätige Mitwirkung eine Kriegsführung überhaupt unmöglich ist, ist die Arbeiterschaft. Sie zu gewinnen, das Vertrauen zu ihr herzustellen, mühte die erste Aufgabe eines Wehrministers sein. Herr Gehler hat recht; sein Vorgänger hat diese Aufgabe nicht ge-

löst. Das Verhältnis von Wehrmacht und Zivilbevölkerung war nie schlechter als damals, der Soldat war damals der „Bluthund“ schlechthin; der Kapp-Putsch brachte die Krönung des Ganzen.

Herr Dr. Gehler hat die Aufgabe wohl gesehen. Wie in Deutschland überhaupt die Republik die Form ist, in der man die Arbeiter mit ihren zuwiderlaufenden bürgerlichen Interessen versöhnen will, so begann er sich der republikanischen Form zu bedienen. Damals — vielleicht noch heute — „überzeugter Republikaner“, fand er ein Offizierskorps, monarchisch nicht nur, reaktionär, borniert nationalistisch, und dieses Gespinnn zog nun los. Herr Dr. Gehler spendet das republikanische Weiswasser, seine Offiziere aber liefern das kompaktere Material. In einer wunderlichen Vorrede zu dem Buche von Carhill, eine Vorrede, die wohl seinen Abschied an den Liberalismus bedeuten soll, hat Herr Dr. Gehler den Ruf nach Synthese erhoben. „Diese aber (die Synthese) kann nur die Autorität geben, äußere oder innere.“ Man möchte annehmen, daß Herr Dr. Gehler in seiner Reichswehr dieses synthetische Ideal zu erreichen unternommen hat. Ob er es mit äußerer oder innerer Autorität versuchte, wissen wir nicht. Er hatte weder die eine noch die andere, aber er mag sich trösten; nicht nur daran ist er gescheitert.

Daß er mit dieser Synthese zwischen seinem Republikanismus und der Reaktion der Offizierskaste gescheitert ist, kann gar kein Zweifel sein. Vielleicht bezweifelt es Herr Dr. Gehler heute selber nicht mehr — nachdem er über einen simplen Kapitän Kolbe gestolpert ist. Selbst wenn er aber es bezweifelte, würde es an dem Ergebnis nichts ändern.

Was sein: der Reichswehrsoldat ist heute nicht mehr der Bluthund, aber daß er der reaktionäre verbohrtete Feind der Arbeiterschaft ist: die Überzeugung ist heute in der deutschen Arbeiterschaft fester verwurzelt als damals, als der Haß und die Empörung über die Taten der Reichswehr von 1919 und 1920 alles überwucherte. Damals war der Haß im Gefühl begründet, heute die bestimmte Ablehnung im Verstand. Das haben die Gehler'schen Offiziere mit ihren schwarzen Kadern, mit ihrem Rekrutierungssystem, mit ihren Geheimverträgen, mit ihrem sächsischen Einmarsch, mit ihrer Geldbeschwörung, mit ihren Landesverratsprozessen gründlich fertiggebracht. Wir müssen gestehen: wir sehen in diesem Zustand sogar gegenwärtig eine der sichersten Friedensbürgschaften, um so sicherer, als wir überzeugt sind, daß der Nachfolger des Herrn Gehler seine Sache nicht besser, sondern schlechter — vom Standpunkt seiner Auftragsgeber — machen wird.

Vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus können wir mit der Leistung des Herrn Dr. Gehler zufrieden sein. Unter seinem Regime ist geehrt worden, was die Reichswehr ist und unter der Arbeiterschaft kann man die Freunde der Reichswehr zählen. Kommt sein Nachfolger, so kann man ihm nur zurufen: „Weitermachen.“ Uns nützt das mehr als einer, dem die „Synthese“ glückt. Das ist nun einmal in der Politik erlaubt, auf die Tölpelhaftigkeit des Gegners zu bauen. Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Dank an den Feindolin

„Was das so ähnlich ist, Herr Gehler hat zu seinem Abschied ein besonderes Dankschreiben des Reichspräsidenten erhalten. Danach war Gehler nur von dem einen Feind geleitet, die uns verbliebene Wehrmacht zu einem über dem Streit der Parteien stehenden Pflichttreuen und klugen Instrument des Reiches auszugestalten. Hierfür Ihnen im Namen des Reiches wie persönlich tiefempfundener, herzlichster Dank zu sagen, ist mir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis.“ ... Ueber dem Streit der Parteien steht ... heißt richtig; bei den rechtsreaktionären Parteien lebend! Dafür gebührt ihm Hindenburgs und der hinter ihm stehenden Kreise Dank.

der Wahl geprüft und diese Gültigkeit ausgesprochen. Der Schluß, daß damit die Verfassungsmäßigkeit des sächsischen Landtagswahlgesetzes mit festgestellt sei, ist unzutreffend.

In der Streitfrage Rechenburg-Streitig war, abgesehen von dem Antrag auf Ungültigkeit der Wahlvorschriften, weiter beantragt worden, die vorgenommenen Landtagswahlen für ungültig zu erklären und festzustellen, daß der gewählte Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu Unrecht bestünde und die von ihm gefassten Beschlüsse der Wirksamkeit entbehren. Gegenüber diesem Antrag weicht der Staatsgerichtshof einer Entscheidung aus, indem er ausführte, daß solche Folgerungen zu ziehen zunächst nicht seine Sache sei.

„Sondern der dazu berufenen Landesstellen. Erst wenn sich an ihren Maßnahmen erneut Streit anknüpfen sollte, könnte ein weiteres Verfahren vor dem Staatsgerichtshof in Frage kommen.“

Das würde auch für Sachfen gelten, wenn auf die Klage der Zentrumspartei die Unvereinbarkeit der angefochtenen Bestimmungen des sächsischen Gesetzes vom 6. Oktober 1926 mit der Reichsverfassung festgestellt werden sollte, und der Landtag die dann gegebenen Folgerungen nicht ziehen sollte.

Von der sächsischen Regierung ist zu fordern, daß sie, da nun auch wegen der sächsischen Wahlen eine Klage eingereicht ist, umgehend zu den Urteilen dem Landtag gegenüber klar Stellung nimmt.

Marx auf dem Rückzuge

SPD Berlin, 20. Januar. (Radio.)

Der persönliche Konflikt zwischen dem Reichskanzler Marx und dem Zentrumsgedrehten Stegerwald hat vorläufig nach außen hin seine Beteiligung erfahren. Er ist so gekommen, wie es zu erwarten war: in einer längeren Erklärung beteuert Marx seine Unschuld. Alles war nicht so schlimm gemeint, es handelt sich nur um „Missverständnisse“. Der Brief über die Haltung Stegerwalds zur Beamtenbesoldung sei nur eine private Arbeit und nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen. Außerdem habe sich die Kritik des Parteivorstandes auf die von Stegerwald referierende wiedergegebenen Neuerungen Drückler über einen Teil der Parteistandsbeamten bezogen und keineswegs gegen die Stellungnahme Stegerwalds zur Besoldungsfrage gerichtet. Schließlich seien auch die Worte Dr. Stegerwalds und einiger Gewerkschaftsleiter keine Wege im geringfügigen Sinne gedacht gewesen. Also ein Rückzug des Herrn Marx auf der ganzen Linie. Er wird vollendet mit einem persönlichen Brief an Stegerwald, in dem Marx auch noch seine förmliche Zustimmung beteuert.

Der Konflikt ist u. E. damit zwar äußerlich aus der Welt geschafft, aber die inneren Gegensätze bestehen nach wie vor und das wird sich bei den Verhandlungen der Zentrumsfaktion des Reichstags immer und immer wieder zeigen. Die Meinungen über die Handlungsweise des Herrn Marx sind in den letzten Tagen so scharf aufeinandergeprallt, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Auswirkungen von heute auf morgen zu beheben. Man wird sich nach außen wieder als Freunde geben, aber innerlich als bittere Feinde gegenübersehen.

Der Konflikt Marx-Stegerwald dürfte in den nächsten Tagen an die Reihe kommen. Es wird sich wahrscheinlich schon dann zeigen, daß es mit der Versöhnung in Wirklichkeit nicht sehr weit her ist.

Grober Anflug

17 Wahlvorschläge für 70 000 Wähler!

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, sind für die bevorstehenden Landtagswahlen in Württemberg 17 Parteien und Gruppen Kandidatenlisten aufgestellt worden. Wahlvorschläge haben eingereicht: die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Deutsch-völkische Freiheitsbewegung und die Kommunistische Partei. Daneben sind aber noch Listen zu verzeichnen vom Verband der Haus- und Grundbesitzervereine, vom Verband für Handwerk und Gewerbe, von der Auswertung- und Volkswirtschaftspartei, von den Vereinigten Erbpächtern, Bäuern und Häuslern sowie vom Bund der Kleinlandwirte, vom Dorfband und von einer sogenannten Deutschen Reformpartei. Dazu kommen noch weitere fünf Listen aus dem Lande Schönbürg; das sind also insgesamt 17 Listen in einem Lande mit 112 000 Einwohnern und bei noch nicht 70 000 Wahlberechtigten. Sicher ein Beweis dafür, daß die Zerplitterung bei den Wahlen zu Zuständen führt, die für die Dauer nicht zu ertragen sind.

Die Landtagswahlen in Württemberg finden, wie versautet, am 29. April statt. Zum letztenmal wurde in Württemberg zum Landtag am 4. Mai 1924 gewählt.

Zusammenfassung des Vierzehner-Ausschusses

Berlin, 19. Januar.

Nachdem die Länderkonferenz zu Ende gegangen ist, wurden heute bereits die ersten Schritte zur Durchführung der Beschlüsse getan, die in der bekannteren Vereinbarung der Konferenz niedergelegt worden sind. Die Reichsregierung hat die Länder aufgefordert, ihre Vertreter für den Vierzehner-Ausschuss zu benennen. Die Reichsregierung wird die Mitglieder des Ausschusses, die sie zu entsenden beabsichtigt, ebenfalls in den nächsten Tagen nominieren. Voraussetzliche werden außer dem Reichskanzler, dessen Stellvertreter der Vizekanzler und Reichsjustizminister sein wird, noch drei Reichsminister dem Ausschuss angehören, darunter voraussichtlich der Reichswirtschaftsminister und der Reichsfinanzminister. Dazu kommt weiter der Reichsparkommissar. Außerdem wird an die Zuziehung eines Historikers und eines Staatsrechtlers gedacht, so daß dann noch zwei Posten offen bleiben, die wahrscheinlich mit Sachverständigen für wichtige Spezialfragen besetzt werden. In Kreisen der Reichsregierung rechnet man damit, daß dieselben schon Ende nächster Woche die Einladungen zu der ersten Sitzung der Kommission erfolgen können.

Der Sachlieferungsbetrug

Am 11. wird mitgeteilt: Die Para-Gesellschaft in Berlin hat durch die Presse-mitteilung lassen, eine amtliche Überprüfung durch das Finanzamt Tiergarten habe ergeben, daß die Reparationslieferungen der Para-Gesellschaft ordnungsmäßig geschieden seien. Zu dieser Mitteilung ist zu bemerken, daß die bei der Para-Gesellschaft vorgenommenen Überprüfung lediglich im Rahmen der geltenden steuerrechtlichen Vorschriften erfolgte und sich nicht darauf erstreckt hat, ob die Handlungswiese der Para-Gesellschaft durch die Verfahrensrichtlinien für Reparationslieferungen gedeckt ist.

Mit anderen Worten: So unschuldig, wie die Para-Gesellschaft tut, ist sie nicht. Es ist überhaupt eine Unverschämtheit fondergleichen, die Öffentlichkeit so irrezuführen, wie es von der Para-Gesellschaft seit Tagen versucht wird.

SPD unterzeichnet. Der französische Außenminister Briand und der spanische Vizepräsident in Paris haben am Donnerstag einen Schlichtungsvertrag zwischen Frankreich und Spanien unterzeichnet.

Betrug am Staat

SPD Paris, 19. Januar.

Die Kommission zur Kontrolle der Staatsverträge ist großen Schwierigkeiten bei der Verwaltung des ehemaligen deutschen Besitzes in Elsass-Lothringen auf die Spur gekommen. Die Liquidation der lothringischen Metallindustrie hätte nach dem damals abgeschlossenen Kaufverträge 480 Millionen ergeben müssen. Es sind aber tatsächlich nur 100 Millionen Aktiven übrig geblieben. Die Kommission beschloß, die Regierung aufzufordern, die Liquidation des Besitzes der ehemaligen feindlichen Staatsbürger zu überprüfen und insbesondere die Annullierung der Liquidation der lothringischen Hüttenwerte mit allen Mitteln zu betreiben. — Am Donnerstag kam es in dieser Kommission zu einem neuen Zwischenfall hinsichtlich des parlamentarischen Untersuchungsrechts. Die Kommission hatte einen Marineoffizier zur Aussage über einen in der Kriegsstelle verwendeten Brennstoff vorgeladen, der jedoch nicht erschien. Der Marineminister ließ der Kommission mitteilen, daß er selbst am Erscheinen verhindert war. Er habe daher dem vorgeladenen Offizier Auftrag gegeben, der Vorladung nicht Folge zu leisten. Die Kommission beschloß, sich wegen dieser neuen Brüstung beschwerdeführend an den Ministerpräsidenten Poincaré zu wenden.

Gas Krieg und Zivilbevölkerung

SPD Brüssel, 19. Januar.

Die Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen den chemischen Krieg hat ihre Arbeiten beendet, nachdem drei Unterkommissionen lange Berichte über zum Teil recht verwiderte technische Fragen ausgearbeitet hatten. Das Mitglied der Konferenz, der sozialistische Abgeordnete der belgischen Kammer, de Broeckere, äußerte sich dem Vertreter des Sozialdienstes gegenüber dahin, die Brüsseler Beratungen hätten ihn in der Ansicht befestigt, daß ein wirksamer Schutz der Zivilbevölkerung gegen den Gas Krieg so gut wie ausgeschlossen ist und die einzige Lösung darin liegt, alle Energie auf die gänzliche Abschaffung des Gas Krieges zu konzentrieren. De Broeckere nahm im Auftrage des Völkerbundsrats an der Konferenz teil.

Sonächst auf drei Jahre ...

Das in Zahl erscheinende Reichsorgan der Linkskommunisten meldet, daß die russischen Oppositionsleiter zunächst auf drei Jahre verbannt worden sind. Der Haupttransport erfolgte nach der gleichen Quelle unter harter Bedeckung durch Genarme.

Die Labour Party gegen Chamberlain

SPD London, 19. Januar.

Während die bisher vorliegenden bürgerlichen Kommentare zu Chamberlains Memorandum sich durchaus in zustimmendem Sinne ausdrücken, wird auf Seiten der Arbeiterpartei mit großem Nachdruck unterstrichen, daß die Stellungnahme Chamberlains eine große Gefahr für den weiteren Gang der Sicherheits- und Abrüstungsfrage darstellt. Der Daily Herald spricht die Auffassung der Partei aus, wenn er sagt, daß das dreifache Klein Großbritanniens, das im Memorandum zu finden ist, es für das Völkerbundskomitee in hohem Maße, wenn nicht völlig unmöglich mache, irgendeinen Weg zu finden, der den Bedürfnissen einer ganzen Reihe europäischer Regierungen entgegenkomme. Die Vorwänge in den vergangenen Jahren seien eine Warnung gewesen, daß alle auf eine weitere Abrüstung abzielenden Pläne verworfen werden würden, weil auf diese Bedürfnisse nicht Rücksicht genommen werde. Die Ausschüsse auf Entwaffnung und auf Durchführung der im Versailles Vertrag gegebenen feierlichen Zusicherungen würden im nächsten Nachkriegsjahre durch die neuesten Erklärungen der konservativen Regierung nicht gefährdet werden.

Versicherungen, die niemand glaubt

WB Washington, 19. Januar.

Präsident Coolidge und Staatssekretär Kellogg sind heute früh aus Havana hierher zurückgekehrt. Im Staatsdepartement wurde angedeutet, daß die Konferenz einen normalen Verlauf nehmen und nicht zu Zwistigkeiten führen werde. Jedenfalls seien die Republikanischen Amerikaner besser als manche Länder Europas über die Politik der Vereinigten Staaten orientiert, die weder auf die Schaffung einer panamerikanischen Allianz, noch auf eine Bewegung gegen den Völkerbund hingleit, sondern lediglich im Interesse der Sicherung des Panamakanals für Ruhe und Ordnung in Zentralamerika arbeite.

Persisch-türkische Verhandlungen

III London, 18. Januar.

Nach einer Meldung der Times aus Konstantinopel sind die seit einiger Zeit in Angora im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Persien und der Türkei zum Stillstand gekommen. Die Hauptfrage bei den Verhandlungen bildete die Frage einer Grenzveränderung und des Status, der in der Nähe der Grenze lebenden Kurdenstämme. Für den ungünstigen Ausgang der Verhandlungen dürften im wesentlichen die verschiedenen türkisch-persischen Grenzverhältnisse im Herbst 1927 mit anschließendem Austausch scharfer Noten mitbestimmend gewesen sein.

Sozialdemokratie und Minderheiten

Der sozialistische Wahlblock in Polen

Von unserem Warschauer H. L. Korrespondenten wird uns geschrieben:

Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Polen angeht die innenpolitische Lage, die durch ein fast diktatorisches Regierungssystem ohne parlamentarische Verantwortung charakterisiert wird, eine besondere Bedeutung. Sie werden darüber entscheiden, ob die Nachstellung Wilschels sich durch konsequente Ausschaltung des Parlaments zu einer offenen Diktatur entwickeln, oder ob sie einer parlamentarisch-demokratischen Staatsform weichen wird. Die Wahlen haben aber für uns Sozialisten noch ein besonderes Interesse. Für den bevorstehenden Wahlkampf haben sich die deutschen und polnischen Sozialisten in Polen, also Angehörige des sogenannten 'Wilschels' und einer nationalen Minderheit, zu einem Wahlblock zusammengeschlossen und damit gezeigt, daß selbst die scheinbar extremsten nationalen Gegensätze durch die gemeinsame sozialistische Bestimmung überbrückt werden können. Bei den vorigen Wahlen gingen die deutschen Sozialisten mit dem sogenannten Minderheitenblock zusammen, der damals sämtliche nationalen Minderheiten ohne Rücksicht auf ihre sozialen Interessen umfaßte. Die sozialen Gegensätze innerhalb des Blocks haben sich jedoch stärker erwiesen als die gemeinsame Zugehörigkeit zu den Minderheiten. Ferner hat sich während der bisherigen Tätigkeit dieses Blocks gezeigt, daß er nicht nur den Minderheiten nicht vertritt, sondern die nationalen Gegensätze zu dem polnischen Volk noch stärker betont hat. In diese Mauer der nationalen Gegensätze legt der Wahlblock der deutschen und polnischen Sozialisten eine Brücke, die zu einer Hauptaufgabe der künftigen parlamentarischen Zusammenarbeit sein wird. Genosse Niedzialkowski, Chefredakteur des Warschauer Robotnik, äußerte sich hierüber auf Bitte des Korrespondenten der Leipziger Volkszeitung wie folgt:

Das Zusammenkommen des Wahlbündnisses der polnischen Sozialistischen Partei und der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens ist als politisches Ereignis allerersten Bedeutung zu bewerten. Das Minderheitenproblem spielt im innenpolitischen Leben des polnischen Staates eine gewaltige Rolle. Die Lösung dieses Problems auf dem Wege der "Gnade" irgendeiner Regierung herbeizuführen, ist ebenso unmöglich wie auf dem Wege eines Kampfes der betreffenden Minderheitengruppe. Der einzige mögliche Weg zu seiner Lösung ist eine Zusammenarbeit der nationalen Minderheit mit den Minderheitsländern, da sonst das gesamte politische Leben im Zeichen des Nationalitätenkampfes steht, das reale Kräfteverhältnis verdunkelt, die normale Entwicklung der sozialen Kämpfe verhindert wird. Bei dieser Zusammenarbeit handelt es sich vor allem um eine solche der sozialistischen Parteien, und das Wahlbündnis der polnischen und deutschen Sozialisten hat in dieser Beziehung das erste Eis gebrochen. Der Kampf um die Rechte für die deutsche Minderheit in Polen beginnt von jetzt ab gemeinsamer Kampf der polnischen und deutschen Sozialisten. Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse verbunden. Gleichzeitige wird damit ein zweites und weit wichtigeres Ziel erreicht: die Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung als einer Klassenbewegung. Der tägliche Kampf des Proletariats um die Lebenshaltung, um die Arbeits- und Lohnverhältnisse wird durch die Zusammenarbeit ebenfalls gefördert, erhält neue Schlagkraft und neue Energie. Was das Problem der deutschen Minderheit in Polen als solches betrifft, so sind zwei Punkte hervorzuheben: 1. die Verwirklichung der Verfassungsversprechen, die der deutschen Minderheit genau festgelegte Rechte garantieren, sowie 2. die Organisierung des inneren Lebens der deutschen Minderheit im Rahmen des polnischen Staates. Der erste Punkt umfaßt die rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung, die Freiheit, Entwicklung der Sprache und des Schulwesens und der nationalen Kultur. Der zweite Punkt betrifft die nationale-kulturelle Autonomie, der noch einer genauen und präzisen Formulierung bedarf. "Ich bin sicher", so schloß Genosse Niedzialkowski, daß unserem gemeinsamen Kampf und unserer gemeinsamen Arbeit ein günstiges Resultat beschieden sein wird."

Zu den kommenden Sejmwahlen haben u. a. auch die Zigeuner Polens eine eigene Liste aufgestellt, an deren Spitze der bekannte Bandenführer Michalilescu steht. Da es in Polen über 12 000 Zigeuner gibt, ist anzunehmen, daß dieser Bandenführer tatsächlich gewählt werden wird. Eine der Forderungen der Zigeuner bezieht sich auf die Zuteilung von Land.

Die schwankende Volkspartei

Im Internationalen Ausschuss des Reichstages erklärte heute die Deutsche Volkspartei, daß sie ihre Unterschrift unter den Paragraphen 16a des Schutzesetzes zurückziehe. Dieser Paragraph seinen wesentlichen Bestandteil des Gesetzes darstellt, erklärten sich die übrigen Regierungsparteien damit einverstanden, daß der Paragraph 16a zurückgezogen werde. Der Antrag betreffend Paragraph 16a wird daher in der Donnerstag-Sitzung von den Regierungsparteien zurückgezogen werden. Damit gilt diese Schwierigkeit als behoben.

Der § 16a besagt bekanntlich, daß in solchen Gebieten des Reiches, in denen ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsbehörden hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichtes (Konkordat) durch Gesetz oder Vereinbarung bereits festgelegt ist, es bei dieser Regelung verbleiben kann.

Nochmalige Verhandlung gegen Remembolder?

Im Remembolder Willems ist das Urteil des Reichsgerichts, durch das die Revision der zum Tode verurteilten Oberleutnants Schulz und Fuhrmann und Feldwebel Klapproth und Umhofer verworfen wird, jetzt zugestellt worden: Es umfaßt einige zwanzig Seiten. Gleichzeitig ist von der Verteidigung ein Antrag auf Wiederannahme des Verfahrens bei der zuständigen Strafkammer in Berlin eingegangen.

Die Auslandspolitik der Woche

Herr Coolidge redet in Havanna — Die Debatte über Sicherheit und Abrüstung

Die Rede, die der Präsident der Vereinigten Staaten zur Eröffnung der panamerikanischen Konferenz in Havanna gehalten hat, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man als wahrhafter Imperialist doch noch demokratischen Schmus verpacken kann, indem man immer das Gegenteil von dem sagt, was in Wirklichkeit ist. Die Entschlossenheit, Streitigkeiten unter uns nicht durch Gewalt, sondern durch Anwendung der Grundfälle der Gerechtigkeit und Billigkeit zu entscheiden, ist eine unserer hervorragendsten Eigenschaften. Die Souveränität kleiner Völker wird geschützt. ... Unser heiligster Glaube war und ist die Ausbreitung des Geistes der Demokratie. ... Nach einer amtlichen Mitteilung des nordamerikanischen Marineministeriums haben zur gleichen Zeit, als Coolidge in Havanna die Rede hielt, vier amerikanische Flugzeuge die Stellung des nikaraguanischen Rebellen Sardinio mit Bomben beworfen und so den trefflichsten Kommentar zu Herrn Coolidges Friedensworten gesprochen. Der nordamerikanische Präsident hat, so wurde gemeldet, in seiner Rede einen ziemlich deutlichen Eindruck auf die Teilnehmer der Konferenz gemacht. Das wundern niemanden, der beachtet, daß das Gros der lateinamerikanischen Konferenzteilnehmer Delegierte sozialistischer Diktatorregierungen sind; in Kuba, dem Land, in dem der Kongreß tagt, herrscht der amerikafreundliche Diktator Machado, in Peru der Diktator Legula, in Venezuela der Diktator Juan Vicente Gomez, in Chile der Diktator Ibanez, in Nikaragua beschließen amerikanische Truppen den konservativen Präsidenten Diaz. Von den allen haben die nordamerikanischen Vertreter keine Kritik an den Methoden des nordamerikanischen Imperialismus zu erwarten, und ob Brasilien oder Argentinien einen Vorstoß auf der Konferenz gegen die USA wegen wird (was durchaus möglich ist), wird man abwarten müssen.

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Schieds- und Sicherheitskomitees des Völkerbundes gewinnt vor allem das englische Exposé, das, dreißig Seiten stark, am Mittwoch veröffentlicht worden ist, besonderes Interesse. Es handelt sich um das erste ausführliche Dokument, das den bislang nur in vereinzelt Stellungnahmen und einigen Ministerreden vertretene Standpunkt der britischen Regierung systematisch zusammenfaßt. Der Anlaß zu dem britischen Memorandum veranlaßt zu folgender Erinnerung: Die augenblickliche Schieds- und Sicherheitsdebatte nimmt ihren Ausgang von dem Zusammenbruch des Genfer Protokolls. Die englische konservativere Regierung weigerte sich, irgendein Dokument zu unterschreiben, das in allgemeiner Tragweite eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit vor sah. Diese im Genfer Protokoll von 1924 angestrebte Lösung wurde natürlich nicht eine Umwandlung der mit einer permanenten Kriegsgerichtsbarkeit ausgestatteten kapitalistischen Produktionsordnung in einen antikapitalistischen, "friedlichen" Kapitalismus herbeizuführen, eine Lösung, die das Genfer Protokoll in manchen Teilen der sozialistischen Welt hervorrief. Aber das Genfer Protokoll war der bis dahin beste Versuch, im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise unter Ausnutzung politischer und juristischer Mittel die Kriegsgesahren herabzumindern. Der durch das Genfer Protokoll beschlossene Zustand wäre somit im Rahmen des Kapitalismus auch ein günstiger Boden für die trüglicherweise verheißene Aktivität gewesen, die mit Aussicht auf Erfolg ausschließlich von den Organen des internationalen Proletariats entfaltet werden kann. Die englische Regierung hat vom Standpunkt ihrer imperialistischen Bedürfnisse nicht nur die Fessel des Genfer Protokolls, sondern auch die Verträge in ähnlicher Richtung (siehe Septembertagung des Völkerbundes) abgewiesen. An die Stelle des Genfer Protokolls trat der Locarnovertrag, trat ein so genanntes "Recht von Völkerrecht", Sicherheits- oder Freundschaftsverträge, an die Stelle eines allgemeinen Protokolls mit der Verpflichtung zur obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit trat das System der Sonderverträge. Zu der gleichen Zeit mühten sich die Instanzen des Völkerbundes mit allen möglichen Projekten ab, ohne zu einem handgreiflichen Ergebnis zu gelangen.

Wenn die Arbeit der sogenannten Kommission zur Vorbereitung einer Abrüstungskonferenz konnte nicht einen Schritt weiter kommen, sofern nicht erst eine Verständigung zwischen England und Frankreich über die wichtigsten "Thesen" erzielt war. Die Thesen des Genfer Protokolls waren MacDonald und Herriot. Nach dem Sturz der englischen Arbeiterregierung hat die französische Regierung die grundlegenden Gedanken des Genfer Protokolls nur noch benutzt bzw. gefördert, um mit einer kontinentalen Front Englands Vormachtstellung zu befestigen. Das ist auf der letzten Septembertagung des Völkerbundes gründlich vorgeklungen. In der Abrüstungskommission konnte sich Frankreich stellen gegenüber England die Führung sichern; der englisch-französische Gegensatz führte zur Welle dieser vorbereitenden Konferenz, Englands "Thesen" wollten eine Verminderung der französischen Rüstung herbeizuführen, Abrüstung des französischen Völkchens, jede Hand im englischen Hinterbau. Frankreich verfolgt die Theorie von der "potenzierten Kriegsärke", die begrenzungsfähige Rüstung wird nicht nur durch das "Militär", sondern in noch stärkerer Maße durch die industriellen Kriegsmöglichkeiten, "potenziels de guerre", durch die Kriegsmärke eines Landes im Hinblick auf seine wirtschaftlichen Bedingungen angegeben. Und im Hinblick auf seine strategische Lage erhebt sich die Frage der "potenzierten Kriegsärke". Diese Theorie an sich läßt sich schwerlich etwas sagen. Was wenige, was bisher über die Möglichkeiten der chemischen Industrie zum Kriegszweck bekannt geworden ist, genügt. Aber es kommt darauf an, wozu eine solche "Theorie" verwendet wird; ob zum Abrüsten oder zum Aufrüsten! Und Paul-Boncour hat sie verschoben, um den Nachweis zu erbringen, daß "die andere", deren "potenziels de guerre" größer seien (englische und deutsche chemische Industrie), als die Französischen, abzurüsten und Frankreich von wegen der mangelnden potentiellen und seiner "Anschärft" nachzurüsten hätten! Daß innerhalb der vorhandenen Welt eine Abrüstung, die die Theorie von der potenzierten Kriegsärke restlos durchführt, unmöglich ist, weiß jeder, der die französische Generalstab sehr gut und gibt es auch zu, wenn er diese These mit der Sicherheitsfrage verknüpfen läßt. Deshalb können auch die Bemühungen um geringfügige Teilzergebnisse einer Abrüstung, die innerhalb der kapitalistischen Welt möglich sind, nicht durch das Vertrauen zu hübschengewandten Regierungsmännern, sondern nur dann erfolgreich sein, wenn sie ein geordnet sind dem allgemeinen proletarischen Kampf um die Aufhebung der ökonomischen Bedingungen der Kriege, ganz gleich, ob es sich um die Begrenzung "militärischer" oder "industrieller"

Rüstungspotenzen handelt. Die Abrüstung von Meer und Flotte ist für das Proletariat vornehmlich ein Kampf gegen die rüstungsstrebende Bourgeoisie im eigenen Lande. Der Kampf um die Abrüstung der "potenziels de guerre", das ist der international organisierte und im gegebenen Moment durchzuführende Generalstreik des Proletariats für den Fall eines Kriegsausbruchs; ein solcher Generalstreik würde auch die Abrüstung der potentiellen Kriegsärke besorgen, indem er den Betrieb der chemischen Industrie, der Giftgasfabriken usw. und den "Vertrieb" ihrer Produkte verhindert, und — er ist, wie gesagt, im gegebenen Moment durchzuführen —, nicht erst 15 Minuten nach der ersten Kriegserklärung, wenn der Staat bereits die Mittel und die Kriegsmarkte die Völker ergriffen hat. Hier zeigt sich also, daß auch für eine proletarische, um Teilerfolge bemühte Friedenspolitik eine Trennung von aktueller "Realpolitik" und einer auf das Endziel, die Herbeiführung des Sozialismus gerichteten Politik unmöglich ist.

Die Platte der Genfer Abrüstungskommission war Anschauungsunterricht genug. Nach der ersten Platte versuchte man, den Abrüstungsstau nicht mehr an dem Kopf der Abrüstung, sondern am Schwanz der Sicherheit auszukümmeln. Diefür wurde von der Septembertagung des Völkerbundes beschlossen, daß von den Abrüstungskonferenzmächten ein besonderes "Sicherheitskomitee" gebildet werde, das, bevor man wieder an die "Abrüstung" gehe, erst einmal den Grad der vorhandenen, notwendigen und sonstwie gearteten Sicherheit feststellen und Vorschläge zur Behebung der vorhandenen Uebelstände sammeln solle. Der wichtigste der bisher vorliegenden ist das britische Memorandum.

Als "Idealtypus" von Sicherheitsverträgen empfiehlt es den Vertrag von Locarno, der "nicht ein einfaches Bündnis unter befreundeten Staaten" sei. Mit einer deutschen Spitze gegen Frankreich heißt es: "Derartige Bündnisse sind im allgemeinen gegen einen anderen Staat oder gegen eine andere Staatsgruppe gerichtet und haben in der Vergangenheit nicht immer der Sache des Friedens gedient. Sogar, wenn sie ursprünglich zu Verteidigungszwecken abgeschlossen wurden, sind sie manchmal zu Angriffszwecken verwendet worden." Dagegen läßt sich gewiß nichts einwenden. Das Memorandum vergißt nur zu sagen, daß auch die von ihm empfohlenen Garantieverträge auf genau das Gleiche hinauslaufen können wie die Verträge französischen Musters. In beiden Fällen sind es Sonderverträge. Der englische Imperialismus lehnt die Verträge ab, die ihm Verpflichtungen auferlegen und die seine Bewegungsfreiheit in der Gleichgewichtspolitik hemmen, und er sucht solche, wo er als der Garant für andere auftritt. Das System der lokalen Sicherheitsverträge "ist demnach viel wirksamer, als es ein allgemeineres Garantiesystem sein könnte, bei dem sich die Verpflichtung auf eine viel größere Anzahl von Staaten ausdehnen würde". Mit diesen Worten ist die Ablehnung der Grundzüge des Genfer Protokolls noch einmal in krasser Form angegeben. Der Völkerbund ist bislang für England immer dann gut gewesen, wenn er in den Dienst der britischen Diplomatie gestellt werden konnte, und er wurde jedesmal dann zur Ohnmacht verurteilt, wenn irgendein Ereignis von den Organen des Völkerbundes eine nach der Satzung verpflichtete Handlung forderte. Siehe China, Albanien, Nikaragua, Äthiopien usw. Deshalb erklärt das britische Exposé: "Die britische Regierung spricht sich gegen eine zu strenge Auslegung gewisser Artikel des Völkerbundesabkommens aus." Man wird jetzt ungefähr wissen, wieviel aus der Arbeit der Sicherheitsorgane des Völkerbundes herausspringen dürfte.

Was will Polcaré damit?

SPD Paris, 18. Januar. (Radio) Wie der nationalstiftische Vocair zu melden weiß, hat die Regierung Polcaré in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der alle Unternehmungen, gleichgültig welcher Art, die den Bestand Frankreichs gefährden könnten; mit einer Gefängnisstrafe von ein bis fünf Jahren und mit einer Geldstrafe von 400 000 bis 500 000 Franken bedroht. Außerdem soll die Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte verlangt werden können.

Notizen

Aus Belgrad wird gemeldet: Durch eine Militärpatrouille wurden heute die Attentäter auf das Militärdepot von Wladonow in der Nähe von Palanka festgenommen. Die Attentäter, vier an der Zahl, sind bulgarischer Nationalität. Sie wurden heute dem die Untersuchung leitenden Polizeikommissar übergeben.

Nach Meldungen aus Reuqnoert sind im Zusammenhang mit der Aufhebung eines revolutionären Kampfbundes in Bolivien bisher 16 Personen verhaftet worden. In La Paz sind zwei Regimenter Infanterie und zwei Batterien Artillerie zur Sicherung der Ordnung stationiert worden.

Von Kreta wird berichtet, daß Steuerbeamte, die sich zur Einziehung der Steuern nach Motres in der Landschaft Mesara begeben hatten, von den dortigen Bauern überfallen wurden. 500 Bauern, von denen einige bewaffnet waren, überfielen die Steuerbeamten und vernichteten sämtliche Archive.

Das Parlament des Irak wurde aufgelöst. Die Neuwahlen sollen sofort stattfinden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Thompson in Leipzig
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdrucker-Unternehmensgesellschaft Leipzig.

Unser heutiges Gesamtaussage liegt ein Flugblatt des Zentralverbandes der Angehörigen bei, das wir der Beachtung unseres Lesers empfehlen.

Für die Abonnenten von Mit-Beipzig liegt ein Handzettel des Ostvereins Mit-Beipzig der SPD, sowie für die Leser des Westbezirks ein Prospekt der Firma Schuh & Baez, Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 55, bei.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.

KALODERMA
GELEE 35, 60, 85 PF.
WEISS 50, 75 PF., MK.1.-
F. WOLFF & SOHN

Landesverratsprozeß Schreck u. Genossen
Der Untersuchungsrichter als Zeuge

Der achte Verhandlungstag wurde durch die Vernehmung des Untersuchungsrichters Toepflig ausgefüllt. Ihm hat der Angeklagte Koch kurz nach der Verhaftung erklärt, daß er das Schreckische Material für echt gehalten habe. Koch machte einen sehr nervösen Eindruck. Nach fünf Monaten Untersuchungshaft habe Koch seine Angaben pöflich widerrufen. Dann hat Koch erklärt, daß der französische Spionagehauptmann Hartmann in Mainz bei seinem ersten Besuch das Versprechen abgab, ihm zu helfen, wenn es in Deutschland einmal schief ginge, denn Frankreich sei dankbar. Andererseits hatte Koch behauptet, daß er einen Teil des Schreckischen Materials einem Kommunisten gezeigt hätte, der ihm für die Auslieferung der Dokumente eine größere Summe geboten habe. Aber gerade aus passivistischen Erwägungen hätte er das Material nicht in die Hände fallen lassen wollen. In einer Beschwerdeschrift Kochs gegen seine Verhaftung und gegen Verschleppung der Voruntersuchung charakterisierte Koch seinen Chef Schreck als trunksüchtig, der Spielgeliebtheit und zweifelhaften Frauen verfallen. Im übrigen betonte er darin seine passivistische Ueberzeugung, die religiösen Motive entspringe.

Der Moabiter Gefängnisarzt Bürger hat Koch während der Untersuchungshaft beobachtet und untersucht. Zweifellos leide Koch unter den Folgen seines Autounfalls. Koch habe während der ersten Monate der Haft einen geistlich klareren Eindruck gemacht als später, so daß seine ersten Aussagen als glaubwürdiger anzusehen wären als die späteren, durch die er sein Geständnis widerrufen. Im übrigen sei Koch zurechnungsfähig, so daß der § 51 nicht einschläge. Diesem Gutachten schloß sich der Leipziger Gefängnisarzt an.

Der Untersuchungsrichter bekundete ferner, daß Schulz ihm sofort nach der Verhaftung gestand, daß er sich des geleiteten Meinens bewußt sei. Er gab zu, den Aufenthalt Kochs gewünscht zu haben, obwohl er das Gegenteil behauptet. Heute bestreitet das der Angeklagte. Ferner gab der Zeuge an, daß Schreck ihm einmal erzählt, Polen wäre im August 1925 an ihn herangetreten und habe ihm seine Dokumente abzurufen wollen. Der Beweis dafür, daß er dieses Angebot ablehnte, sei in dem Verlaß mehrerer Kleidungsstücke Anfang September 1925 zu erblicken.

Die „königliche“ Reichsbahndirektion

1. Trotz aller Anweisungen von Regierungstellen, die Hoheitszeichen der Monarchie an öffentlichen Gebäuden zu entfernen, werden immer wieder Fälle gemeldet, aus denen hervorgeht, daß man versucht, die Anordnungen der Regierung zu sabotieren. Bei reaktionären Ämtern- und Gemeindevorstehern ist ein derartiges Verhalten zur Not noch verständlich; was soll man aber sagen, wenn selbst die Reichsbahndirektion gegen die Anordnungen der Regierung Widerstand leistet. Ein derartiger Fall wird aus Landsberg in Oberbayern gemeldet. Dort befindet sich noch heute am Bahnhofsgebäude das „königliche“ Hoheitszeichen. Auf eine Beschwerde der Republikanischen Beschwerdestelle in Berlin ging am 26. Januar 1927 folgender Bescheid ein:

„Bei dem Wappenstand in Landsberg handelt es sich nicht um ein Hoheitszeichen im eigentlichen Sinne, sondern um ein Bildwerk, das als Schmuckstück in das Gebäude eingefügt ist und mit diesem eine geschlossene Einheit bildet. Dem Wunsche auf Entfernung des Wappens stehen somit nicht nur wirtschaftliche Gründe entgegen, sondern vornehmlich architektonische Bedenken.“

Damit gab sich die Republikanische Beschwerdestelle jedoch nicht zufrieden, sondern stellte nach einiger Zeit bei der Reichsbahndirektion erneut den Antrag, die Entfernung des „königlichen“ Hoheitszeichens anzuordnen. Darauf ging am 26. Dezember 1927 folgende Antwort ein:

„Unsere Auffassung ist der Beschwerdestelle mit Schreiben vom 26. Januar 1927 41 T. 7/201 bekanntgegeben. Wir haben diesem Schreiben nichts hinzuzufügen.“

Nach sachmännischem Urteil sollen der Entfernung weder wirtschaftliche noch architektonische Bedenken entgegenstehen. Wenn man aber bedenkt, daß die Fahrten der Reichsbahnzüge zum Stahlhelmtag nach Berlin stillschweigend geduldet wurden, braucht man sich über das Verhalten der Reichsbahndirektion nicht zu wundern.

Etatrede Dr. Köhlers

In Leid und in Gelingen

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

Präsident Löbe eröffnet die erste Sitzung nach der Pause und gedenkt des Ablebens des kommunistischen Abgeordneten Bohla. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltplanes für 1928.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

war in seinen Ausführungen zur Begründung des Etats zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse vor einem Jahre. Damals mußte die Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands mit großer Sorge erfüllt. Vor allem war die Zahl der Erwerbslosen noch immer gefährlich groß. Ich war daher, so fährt der Minister fort, angefaßt dieser Gesamtlage berechtigt und verpflichtet, meinen Belangen offen Ausdruck zu geben, und ich befinde mich mit dieser Auffassung im Einklang mit der Meinung vieler namhafter Wirtschaftsführer und Politiker. Daß dennoch die an das Reich gestellten Anforderungen im Laufe der Jahre 1927 erfüllt werden konnten, liegt an dem nicht voraussehbaren Ausschlag, den das Wirtschaftsleben genommen hat. Ich habe also recht behalten, als ich im Oktober das voraussichtliche Gesamtaufkommen in vorsichtiger Schätzung auf 300 bis 350 Milliarden angab. Damals wurde ich aber wegen angeblich leichtfertiger Schätzung stark angegriffen.

Der Minister wendet sich dann dem Etat für 1928 zu, dem ersten Etat mit der Normalbelastung des Dawesplans. Bei dem neuen Etat geht es, die mehrfachen Antikindigungen sparsamer Wirtschaft in die Tat umzusetzen, man kann ihn mit Recht als Etat der Sparsamkeit bezeichnen. Trotz neuer zwangsläufiger Ausgaben ist es gelungen, ihn ohne Steuererhöhung zu balancieren. Der Rettenbedarf des Reiches für seine gesamten Verwaltungszwecke, der vor dem Kriege rund 2,4 Milliarden, im Jahre 1926 rund 2,5 Milliarden betrug, ist in dem neuen Etat auf rund 1,7 Milliarden gesunken. Im außerordentlichen Etat ist erreicht, daß keine neue Anleihermächtigung erforderlich ist. Der Etat für 1928 schließt im Ordinarium mit 9,356 Milliarden, im Extraordinarium mit 146 Millionen, zusammen mit 9 1/2 Milliarden in Einnahme und Ausgabe ab.

Die Schätzung des Steueraufkommens wird bedingt durch die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Die Konjunktur scheint ihre Höhe erreicht zu haben, es liegen aber keine Anzeichen dafür vor, daß sich ein erheblicher Rückschlag oder gar eine Krise vorbereite. Eine Teuerungsspielschöpfung wäre die größte Gefahr, die unserer Wirtschaft im Augenblick entstehen könnte. Die Förderung des Exports wird sich die Reichsregierung auch weiterhin angelegen sein lassen. Zur Zeit finden Besprechungen über die Wiederholung von Garantien zu diesem Zwecke statt. In dieses Gebiet fällt auch die Zollsenkungsaktion. Ihr Ergebnis ist insofern vorweggenommen, als das Zollaufkommen des Jahres 1928 um 150 Millionen niedriger eingeschätzt worden ist.

Der Minister ging dann auf die einzelnen indirekten Steuern ein, deren Ertrag im allgemeinen nach dem Iteergebnis des Jahres 1927 geschätzt worden ist. Die Aufgabe jeder Regierung wird es sein, nach Senkungsmöglichkeiten zu suchen. Die Förderung der Neubildung von Kapital und die pflegliche Behandlung des vorhandenen Kapitals sei unerlässliche Pflicht. Die Voraussetzung eines Erfolges des jetzt vorbereitenden endgültigen Finanzausgleichs sei eine rationalisierte öffentliche Wirtschaft.

Der Minister wies dann darauf hin, daß 1928 in bezug auf die Reparationsverpflichtungen das erste Normaljahr sei, in dem die deutsche Gesamtwirtschaft den vollen Beitrag von 2,5 Milliarden aufbringen soll. Die Vorschläge der Reichsregierung für den Haushalt 1928 lieferten den Beweis, wie ernst es der deutschen Reichsregierung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen sei. Der Erfolg hänge aber nicht zum geringsten davon ab, daß das Ausland auch seinerseits unserer Ausfuhr die Wege öffne, die noch verschlossen sind. Die immer noch vorhandenen Handelshemmnisse müßten verschwinden.

Der Reichsfinanzminister erinnerte dann an die Bedeutung des Reparationsagenten, daß erwogen werden müsse, die deutschen

Reparationsverpflichtungen endgültig zu regeln auf absoluter Basis und ohne Kontrolle von außen. Dazu erklärte er: der Sachverständigenplan zeichnet selbst die Notwendigkeit vor, eine endgültige Lösung zu suchen, und es heißt nicht, ihn abändern, sondern ihn erfüllen, wenn nach hinreichender praktischer Erfahrung die abschließende Regelung gefunden wird.

Der Minister erörtert dann als eine der zwangsläufigen Ausgaben die Aufwendungen für die Sozialpolitik. Das Gesamtaufkommen an Beiträgen und Zuschüssen habe 1927 hierfür 3 1/2 Milliarden erreicht gegen annähernd 2,4 Milliarden im Jahre 1913. Wir müssen fortstreben auf dem Wege unter Rücksichtnahme auf die Tragfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Wir dürfen ob all der politischen Fragen und Diskussionen die soziale Frage nicht vergessen.

Die Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse ist auf dem Marsche. Hüten wir uns dabei vor allen Uniformierungsprogrammen und einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise ebenso sehr wie vor dem starren Festhalten an überlebten Formen! Außerordentlich wichtig scheint mir die Uebereinstimmung zwischen Reich und Ländern, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamer Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Auf das Belrecht des Reichsfinanzministers oder einer anderen Instanz gegenüber Ausgabeerhöhungen lege ich nicht entscheidenden Wert. Richtiger und wirkungsvoller wäre eine Selbstbeschränkung des Parlaments durch seine Geschäftsordnung, wie sie etwa in England besteht. Grundätzlich wird für Reich, Länder und Gemeinden die gemeinsame Einordnung in das Gesamtproblem der aus den wachsenden Kriegsverpflichtungen entstehenden erdrückenden Belastung die Hauptfrage sein.

Möge die Geschichte einst über das deutsche Volk und sein Schicksal in diesen schweren Jahren das Dichterwort Gottfried von Straßburgs lesen: Ihm war ein volles Maß und Ziel verliehen in zwei Dingen: In Leid und in Gelingen! (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Danach vertagt sich das Haus auf Freitag, 14 Uhr.

Für Erhöhung der Getränkesteuer

Der Deutsche Städtebund hat an die Oberbürgermeister, Kammerherren und Wohlfahrtsbeauftragten der ihm angeschlossenen Städte ein Rundschreiben verfaßt, in dem er dafür eintritt, daß zur Beseitigung bzw. Vinderung der Finanznöte der Gemeinden die Getränkesteuer erhöht werden müsse. In der sehr interessanten Denkschrift heißt es u. a., daß im Interesse einer gerechten und gleichmäßigen Heranziehung aller Steuerquellen und zur Unterstützung der in ihrer Leistungsfähigkeit insbesondere in der Wohlfahrtspflege schwer benachteiligten Gemeinden die Wiedererhöhung der Trinkbranntwein- und Weinsteuer und die ganz erhebliche Steigerung ihrer bis zum 31. März 1927 in Geltung gewesenen Sätze zu fordern sei. Die Befestigung der Trinkbranntweinsteuer und die Senkung der Biersteuer sei ganz besonders unbillig deshalb, weil gerade die steigenden Schadenswirkungen des Alkoholmißbrauchs die öffentlichen Finanzen mit Ausgaben belasteten, zu denen der Betrag, der aus den Getränkesteuern zur Abwälzung der öffentlichen Lasten geleistet werde, in gar keinem Verhältnis stehe.

Der Nachfolger Bohlas

Als Nachfolger des unlängst verstorbenen kommunistischen Abgeordneten Bohla wird linkskommunistischen Blättern zufolge nicht der Volkstretär Hoffmann-Schmargendorf, sondern Otto Weder-Rathenow in den Reichstag eintreten. Der linkskommunistische Abgeordnete Schlicht, der sowohl in Potsdam I wie auf der Reichsliste gewählt war, hat jetzt sein Mandat in Potsdam I niedergelegt und auf der Reichsliste angenommen. Die Folge davon ist, daß nicht der nächste auf der Reichsliste, sondern der nächste auf der Liste von Potsdam I in den Reichstag kommt. Und das ist eben Schlichts engerer Gefinnungsgenosse Weber. Die Zahl der Offizellen im Reichstag sinkt auf 29, die der Oppositionellen steigt auf 16.

Mein

INVENTUR AUSVERKAUF

mit den stark herabgesetzten Preisen für gute und beste Qualitätswaren ist

die günstigste Kaufgelegenheit des ganzen Jahres

Spezialhaus

Franz Ebert

Thomasmassage.

Bitte beachten Sie meine 8 Schaufenster.

Bitte beachten Sie meine 8 Schaufenster.

Morgen 50 000 Mann im Streik

Der mitteldeutsche Metallkampf Ergebnislose Verhandlungen

SPD Der Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter um menschenwürdige Löhne geht weiter. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Parteien, die im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen scheiterten am Donnerstagabend, weil die Vertreter der mitteldeutschen Metallindustriellen keinerlei Entgegenkommen zeigten.

U. S. Das mitteldeutsche Industrie-Proletariat befindet sich wieder seiner guten Tradition. Dem Streik der mitteldeutschen Grubenkassen folgt ebenso wichtig und geschlossen der Streik der Metallarbeiter.

Zehn Monate war der gegen den Widerspruch der Gewerkschaften durch Schlichter geführte Kohntarif für die mitteldeutsche Metallindustrie in Kraft.

Jede in dieser Zeit geforderte wirtschaftliche Verhandlung lehnten die Unternehmer brutal ab. Sie spekulierten auf die Zerissenheit der mitteldeutschen Arbeiterschaft. Endlich, am 14. Januar, ließ der Tarif ab. In letzter Stunde hatte der Magdeburger Schlichter die Vertragsparteien nach Magdeburg zu Verhandlungen geladen. Dort erklärte der Vorsitzende der mitteldeutschen Metallindustriellen, Dr. Loh von den Kruppwerken in Magdeburg, daß sie nicht einen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen würden. Schließlich schloß der Schlichter „einmütig“, d. h. auch gegen die Vertreter der Gewerkschaften, die auf ihren Forderungen von 15 Pfennigen bestanden, einen Spruch, nach dem die Stundenlöhne in der Spitze um 3 Pfg. (!) erhöht werden sollten.

Dieser Schandspruch, der in keiner Weise den Feuerungsverhältnissen in Mitteldeutschland aber auch der wirtschaftlichen Lage der Metallbetriebe nicht entsprach, schlug dem Maß den Boden aus.

Bereits am Montag, dem 16. Januar, traten 17 000 Metallarbeiter der Bezirke Magdeburg, Halle, Anhalt in den Streik. Am gleichen Tage wurde in den Betrieben, in denen Kündigungsfrist besteht, die Kündigung eingereicht, so daß voraussichtlich am Sonnabend annähernd 50 000 Metallarbeiter im Kampfe stehen werden. Nachdem die Industriellen sahen, daß die Arbeiterschaft Ernst machte, riefen sie die Hilfe des Reichsarbeitsministeriums an, der als gehorsamer Diener sofort Schlichtungsverhandlungen in Berlin anberaumte.

Einig und geschlossen stehen die Metallarbeiter im Kampf.

Der mitteldeutsche Bergarbeiterstreik hat seine große erzieherische und moralische Wirkung auch auf die anderen Arbeiterkategorien und nicht zuletzt auf die Metallarbeiter ausgeübt. Bergbelegschaften bemühen sich die Komunisten, in diesem Streik ihre parteipolitischen Geschäfte zu treiben. Mit in den Kampf fordern sie die Fortführung ihrer kommunistischen Zersplitterungspolitik „zur Vernichtung des Einflusses der revolutionären Führer“. Stellen sie als Mittelmittel die Barde der Arbeiter und Bauernregierung auf. So treiben sie die Geschäfte der Bourgeoisie, deren Presse der Wahrheit gegenüber den Streik als einen „wilden“ bezeichnet.

Nach alle Versuche der bürgerlichen Presse, die stonische Meinung treu zu führen, mit dem Zweck, die Kommunisten die Bewegung in eine kommunistische Schachschere zu ziehen, werden an dem gesunden sozialistischen Geist der mitteldeutschen Metallarbeiterkassen scheitern.

Die Lehren des erfolgreichen Bergarbeiterkampfes werden vor diesen nicht in den Wind geschlagen werden und deshalb ist der

siegreiche Ausgang des Kampfes ihnen gewiß. Von diesem aber wird in entscheidendem Maße ebenso sehr wie damals die weitere Gesundung der mitteldeutschen Arbeiterschaft abhängen. Die Lage der mitteldeutschen Metallindustrie ist zur Zeit nicht ungünstig. Es handelt sich bei den betreffenden Betrieben vor allem um Fabriken, die stark mit Aufträgen der Braunkohlen-, chemischen und Zucker-Industrie beschäftigt sind. Nach bürgerlichen Pressemeldungen droht das Unternehmertum mit der Aussperrung der nicht am Streik beteiligten Betriebe.

Der IOB in Berlin

SPD Am Mittwoch trat im Zusammenhang mit der Ausschüttung des IOB in Berlin eine Konferenz der internationalen Berufssekretariate zusammen. Diese Konferenz ist eine Folge der Beschlüsse des Pariser Gewerkschaftskongresses vom vergangenen Jahre. In Paris war aus organisatorischen und tatsächlichen Gründen beschlossen worden, das Mandat der drei aus der Mitte der internationalen Berufssekretariate in den Ausschüß gewählten nimmerberechtigten Vertreter der Berufsinternationalen zu fassen und dafür in einer besseren Weise die Berufssekretariate zu den Ausschüttungen des IOB heranzuziehen, sowie gleichzeitig eine Konferenz der internationalen Berufssekretariate abzuhalten. Den Besprechungen wohnten jetzt Vertreter folgender Berufssekretariate bei: Bauarbeiter, Beamte, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Feuerschiffen, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotelangestellte, Hutarbeiter, Keramitarbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genussmittelarbeiter, Ledearbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, Post-, Telegraphen- und Telefonangestellte, Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Lehrer.

Die Konferenz befaßte sich vor allem mit der Frage, auf welche Weise die Beziehungen der internationalen Berufssekretariate mit dem IOB geklärt und wie die in Paris gefassten Beschlüsse am zweckmäßigsten durchgeführt werden können. Man kam dabei zu der wichtigen prinzipiellen Entscheidung, daß allgemeine, die ganze Arbeiterbewegung interessierende Fragen nicht von der Konferenz, sondern ausschließlich im Rahmen der IOB zu behandeln sind, wobei die internationalen Berufssekretariate in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Ausschüß Gelegenheit haben, ihre Ansichten und Vorschläge bekanntzugeben. Die besondere Sitzung der Berufssekretariate wird sich demnach ausschließlich mit speziellen Berufsfragen und organisatorischen Problemen zu befassen haben, und zwar in der Weise, daß der Vorstand des IOB für diese Arbeit Richtlinien aufstellen und das Sekretariat Berichte vorbereiten, resp. Berichterstatter ernennen wird. Diese Richtlinien sollen der nächsten Konferenz der internationalen Berufssekretariate unterbreitet werden.

Im Rahmen der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand am Mittwochabend im Berliner Gewerkschaftshaus eine internationale Kundgebung statt, zu der die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung erschienen waren. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der große Saal überfüllt. Die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung kamen im Verlauf der Veranstaltung zum Wort.

S. D. Der Ausschüß des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich am Donnerstagvormittag mit der Frage der Streikregelung. Die Entscheidung über diese Frage fällt erst am Freitag. Im Laufe des Donnerstagvormittags wurde der Ausschüß durch die Gewerkschaftsführer, die als „Haus“ der Buchdrucker, des Holzarbeiter, des Haus- und des IOB, sowie das Museum für Arbeit, die Arbeiter und die Ausstellung des Reichsarbeitsministeriums, die einen besseren Einblick in dessen Geschäftsbereich geben soll. Am späten Nachmittag fand dann ein Empfang des IOB Ausschüßes im Reichsarbeitsministerium statt.

Konferenz der Kammereiarbeiter

Die Bezirke Sachsen und Thüringen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter versammelten gemeinsam am 22. Januar im Volkshaus Leipzig eine Konferenz der Arbeiter in den gemeindlichen Kammereiarbeiten. Unter diesem Sammelnamen sind zu verstehen die Straßenreinigung, Kanalisation, Abfuhrwesen, Park- und Gartenanlagen, Bestattungswesen, Markthallen, Vieh- und Schlachthöfe und dergleichen.

Für die Behandlung der vorgesehenen Tagesordnung: „Die Kammereiarbeiter als Grundlage neuzeitlicher Stadthygien“ und „Die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohner“ sind bedeutende Sachmänner auf diesem Gebiete gewonnen worden. Die Konferenz wird erneut die Tatsache erhärten, daß die Kammereiarbeiter mit ihrer jahrzehntelangen Praxis untrennbar mit dem kommunalen Wirtschaftsleben verbunden sind. Die immer zahlreicher werdenden Einwohnerzahlen der Gemeinden, die immer größere Gebietszunahme derselben stellen erhöhte Anforderungen an die Leistungen der Kammereiarbeiter. Alle Neuerungen auf technischem Gebiete müssen die Betriebe anwenden, wenn sie ihren Aufgaben im Interesse der Volksgesundheit gerecht werden wollen. Welchen Umfang diese gemeindlichen Betriebe heute bereits haben, mag daran ersehen werden, daß in den beiden Bezirkebezirken weit über 10 000 Arbeiter beschäftigt sind. Diese gehören fast reiflos dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Wir wünschen der Konferenz vollen Erfolg.

Kürzere Arbeitszeit Ereignet und Erreichtes

S. D. Der Achtstundentag marschiert! Die Fortschritte, die er in der letzten Zeit in verschiedenen Ländern gemacht hat, gehen deutlich aus einer Uebersicht hervor, die das Internationale Arbeitsamt dieser Tage veröffentlicht hat. Diese Uebersicht weist zunächst auf das teilweise Inkrafttreten des Achtstundentages in der deutschen Eisenindustrie hin. Aus Australien wird berichtet, daß in den Gaswerken der Staaten Tasmanien und Victoria die Kürzung der 48-Stunden-Woche auf 44 Stunden vorgenommen ist. Aus Kanada werden Fortschritte des Achtstundentages in der Holzindustrie gemeldet. Das spanische Direktorat hat eine Arbeitszeitfrist für die Zeit von 1914 bis 1925 aufgestellt; aus ihr geht eine starke Tendenz zur Durchführung des Achtstundentages hervor: Während sich 1914 nur 13,88 Prozent der spanischen Arbeiter des Achtstundentages erfreuten, waren es 1920 bereits 81 Prozent und 1925 89 Prozent. In Mexiko ist am 1. Oktober vergangenen Jahres der Achtstundentag für Arbeiter und Angestellte im Engros- und Detailhandel in Kraft getreten. Im belgischen Post- und Telegraphenwesen, bei den französischen Eisenbahnen und in den holländischen Geschäften und Hospitälern sind in der letzten Zeit ebenfalls Arbeitszeitverkürzungen in der Richtung zum Achtstundentag durchgeführt worden oder in Vorbereitung.

Um eine einheitliche internationale Regelung der Dienst- und Ruhezeitbestimmungen für das Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal sowie für die Chauffeure auf der Basis der 48-Stunden-Woche herbeizuführen, soll die Transportarbeiter-Internationale beim Genfer Internationalen Arbeitsamt vorstellig werden. Die Niederländische Vereinigung des Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals wird zu diesem Zweck einen entsprechenden Antrag beim Stockholmer Kongress der Transportarbeiter-Internationale unterbreiten. Man denkt an eine Konferenz von Regierungsvertretern, Betriebsleitern und Arbeitern, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu sichern.

Neue transsibirische Eisenbahnpläne. Die russische Presse bespricht sich neuerdings mit dem Projekt eines „Großen Nordwegs“, einer kürzesten Eisenbahnverbindung zwischen dem Nordischen, dem Uralischen (Ostsee) und dem Stillen Ozean. Dieses Eisenbahnnetz, das dessen Endpunkte Wurmankhaysk, Zhenitzgrad und Sowjetshafen (gegenüber Sachalin) vorgelagert sind, soll wenigstens an Wald, Pelztieren und Erzen außerordentlich reiche Gebiete Sibiriens erschließen.

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Boulaille.

Copyright by Paul Zsolnay Verlag Wien

„Was willst du?“
„Ich weiß nicht.“
„Warum kommst du?“
„Ich weiß nicht... Ich bin gekommen, um... Herr“, stammelte sie.
„Schön“, sagte er... „bleib!“
Verdutzt sah sie ihn an.
Was meinte er? ...
Er nahm sie zur Hand... Was bedeutete sein Betragen? Sie war darauf gefaßt gewesen, daß er sich auf sie stürzen würde. Ihr Liebhabe hatte ihr gesagt: „Lach alles mit dir machen, wenn es nicht zu ernst wird. Dann werden wir schon da sein... Dann ruft du...“
Nödigensfalls waren sie draußen. Es warteten ihrer sechs auf der Straße, beobachteten das kleinste Geräusch, warteten auf das kleinste Zeichen, um zu Hilfe zu eilen.
Aber vielleicht würde man sie nicht brauchen. War vielleicht sehr zufrieden, der Buteau, sein Weib wieder zu haben, und wenn der Haushalt wieder zusammengekehrt wurde, war ja alles gut!
Buteau hatte gesagt: „Bleib!“ Wollte er sie also zurücknehmen...?
Sie wußte nicht, was sie tun sollte. Sollte sie sich vor seine Füße werfen, seine Verzehrung erschleien?
Er blieb unbeweglich, mit hartem Blick.
„Ich weiß nichts von dir“, sagte er endlich.
„Nichts. Weder du noch sonst jemand hat mir irgend etwas gesagt. Ich will nichts wissen. Ich will dir nicht einmal etwas sagen.“
„Bleib!“ wiederholte er.
Sie sah, daß er in das Nebenzimmer ging.
Sie wartete wohl eine gute Viertelstunde.
Was suchte er wohl? Was tat er oben? Denn jetzt war er in den Zimmern des ersten Stockes. Sie hörte, daß man oben hin und her ging. Man bewegte Schubladen, Türen wurden geöffnet und geschlossen.
In Todesangst fragte sie sich:

„Was macht er? Was wird er machen?“
Als er zurückkam, war er ungekleidet, hatte sich vollständig umgezogen. Nur den Bart hatte er noch, der ihm in den zehn Tagen gewachsen war, hatte keine Lust gefaßt, sich zu rasierten.
„Ist erst sah sie ihn genauer an.“
Er war sehr verändert, auch sein Bart gab ihm ein verändertes Aussehen, und sein Gesicht war traurig.
„Der Krieg hat ihn sehr mitgenommen, er ist sehr gealtert“, dachte sie.
Er hatte gelitten, sie wurde sich dessen bewußt.
Warum auch waren die Männer so lange draußen geblieben und hatten ihre Frauen allein gelassen?
Aber Buteau hatte seinen Koffer bei sich. Was bedeutete das?
War der für sie? Oder für ihn? ... Wollte er fortgehen? Sie war zu Ende, das war zuviel. Sie konnte ihren Augen nicht trauen. Und diese Betrachtung, die sie auf dem Gesicht ihres Mannes las, die seinen Mund zusammenpreßte! Ueber wäre es ihr gewesen, wenn er sie geschlagen hätte. Sie warf sich ihm zu Füßen.
„Mein Freund, mein Freund... höre...“
„Nichts, ich weiß nichts, ich höre nichts. Reiß dir den Hintern, wo du willst. Ich schaffe hier Ordnung.“
„Bastien...“ Sie nannte ihn Bastien wie in den Zeiten, als sie miteinander verlobt waren. „Bastien, höre...“
„Ich scher mich fort.“
„Rein, ich gehe fort.“
Er, gebietetlich:
„Bleib, ich las dir die Parade.“
Dann öffnete er die Tür und schloß sie wieder von außen, ohne einen Blick.
Draußen sah er die Schar Leute, die gekommen waren, um Dinge zu verpacken, die man nicht wieder gutmachen konnte. Neugierige hatten sich zu ihnen gesellt, in der Hoffnung, daß es eine schöne Szene geben würde, ein kräftiges Wortgespräch und hinterher Schlage.
Man war zahlreich genug, um zur Zeit einzugreifen. Aber nichts hatte sich zugetragen, und Buteau kam heraus im Sonntagsgewande.
Sie schienen enttäuscht.
Buteau blühte sie herausfordernd an, einen nach dem anderen.
Da waren Beuvier, Hacinthe Léon, Cuvelier, Bru und seine Frau, Ricou und fünf oder sechs andere, die er weniger kannte.

Kümmert euch nur weiter um sie“, sagte er.
Und ohne sich umzusehen, ließ er sie stehen, sprachlos vor Erstaunen, und verließ den schmalen Fußweg, um in die Landstraße einzubiegen. So schritt er dahin, seinen Koffer in der einen Hand sein Falz in der anderen.
Vor ihm breitete sich der Weg, den eine bleiche Sonne gelblich färbte...
Eine gute Viertelstunde verging, bis er den Blicken entschwunden war.
Beuvier, Bru, Cuvelier und die anderen standen noch immer an derselben Stelle, fanden keine Worte. Auf alles waren sie gefaßt gewesen, aber nicht darauf, daß Buteau fortging. Sie warteten, bis er weit genug war, verschafften sich, und als sie ihn nicht mehr sehen konnten und er auch nicht mehr sah, traten sie in sein Haus.
Auf der Erde, das Gesicht auf den Boden gepreßt, lag die unglückliche und schluchzte laut.
Als Magneuz zurückgekommen war, versehen mit seinen Ersparnissen und seiner Demobilisierungsprämie (das machte etwa 2000 Frank aus, und damit kommt man nicht weit...), galt sein erster Besuch seinem früheren Arbeitgeber.
Er dachte nicht daran, daß kein Platz für ihn vorhanden sein würde. Er war schon vier Jahre dort gewesen, als die Mobilisierung kam. Man war mit ihm zufrieden. Hatte man ihn nicht sogar im letzten Jahre um 100 Frank monatlich erhöht? Und 100 Frank waren damals eine schöne Summe.
Erst jetzt, erst heute begriff er, daß sein Brotherr sich dazu entschlossen hatte, damit er bei ihm bleibe; es war damals schwer, geübtes Personal zu bekommen, die pharmazeutischen Gehilfen, auf die man sich verlassen konnte, waren selten.
Zu spät wurde Magneuz gewahr, daß er ohne Uebersetzung gehandelt hatte. Er hatte an die Anständigkeit seines Arbeitgebers geglaubt. Hatten sie sich nicht in bestem Einvernehmen getrennt, der eine wie der andere betrübt, der eine, weil er als Soldat fort mußte und ihm das vielleicht den Schäden kosten würde, der andere, weil er einen guten Arbeiter verlor? Vier Jahre waren vergangen. Schon seit Monaten war der Mangel an Kräften in der pharmazeutischen Branche behoben. (Fortsetzung folgt.)

Weiße Zähne: Chlorodont

Ein Urteil von Vielen: „Da ich schon mehrere Jahre zum Putzen meiner Zähne Chlorodont benutze, gestatte ich mir, Ihnen mitzutellen, daß ich, seit ich Chlorodont verwende, schneeweiße Zähne bekommen habe. Ich hatte früher Zahnbelag und versuchte mit allen möglichen Mitteln denselben zu beseitigen, was mir mißlang, bis ich Ihre vorzügliche Zahnpaste Chlorodont kaufte und auch probierte. Chlorodont allein führte mich zum Ziel. Ich werde heute oft beneidet und gefragt, womit pflegen und putzen Sie Ihre Zähne? Ich kann dann Ihre Zahnpaste Chlorodont weiter empfehlen, daß auch unsere Mitmenschen zu einem guten Resultat kommen, wie ich Anbei ein Bild, woraus Sie ersehen wollen, daß meine Zähne auch wirklich schneeweiß sind, trotz des Rauchens. Wenn das Bild nicht mehr benötigt wird, bitte ich um Rücksendung.“ Berlin-Tempelhof, Chr. R. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.) — Überzeugen Sie sich zuerst durch Kauf einer Tube zu 60 Pfg., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser-Flasche 1.25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkausstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Die Reichsbahn garantiert Profite

Der „notleidende“ Waggonbau

Die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtigt, ihre Waggonaufträge noch Möglichkeit auf einer Normalhöhe von 180 Millionen Mark jährlich zu halten. Wie der Berliner Börsen-Courier ausplaudert, werden „nach dem bisherigen System“ an diesen Aufträgen zehn Prozent verdient. Unter „Verdienst“ ist dabei der Betrag zu verstehen, der nach Deduktion aller, auch der sogenannten Handlungs-Kosten, verbleibt. Welche Dividendenhöhe damit von der Reichsbahn-Gesellschaft, der „Treuhänderin der Allgemeinheit“ (wie man mehr schön als treffend sagt), der Privatindustrie gesichert wird, ist ein erbauliches Exempel dafür, in welcher Weise die amtlichen Stellen in Deutschland die kapitalistischen „Belange“ respektieren.

Die Reichsbahnaufträge werden nach einem bestimmten Schlüssel auf die zahlreichen Waggonbauunternehmen verteilt. 13,5 Prozent davon entfallen auf die Aktiengesellschaft Vereinigte Westdeutsche Waggonfabriken, die kürzlich durch den Zusammenschluß der Firmen van der Zypen u. Charlier in Köln, Düsseldorf Eisenbahnbedarf-W.G. und Killing u. Sohn in Hagen entstanden ist. Die neue W.G. ist begründet worden mit einem Aktienkapital von rund 11 Millionen Mark. Ihre Beteiligung an den Reichsbahnaufträgen macht jährlich knapp 25 Millionen Mark aus, und wenn dieser Betrag tatsächlich eine Gewinnspanne von 10 Prozent enthält, so ist die Firma in der Lage, aus 2,5 Millionen Mark Profit, den ihr die Reichsbahn läßt, rund und weit etwa 20 Prozent Dividende zu verteilen und außerdem „anständige“ Prämien zu zahlen.

Das stimmt sicher nicht zu den fortwährenden Klagen der deutschen Waggonbauunternehmen. Eine Reihe von anderen Tatsachen stimmt ebenfalls nicht dazu. Es ist richtig, daß die deutsche Waggonbau-Industrie sehr stark überlastet ist und vielfach nach ihrem organisatorischen Aufbau und ihrer technischen Einrichtungen große Mängel aufweist. Das hat jedoch bisher nicht dazu geführt, daß in der Waggonbau-Industrie jene Konzentration eingetreten ist, die als Voraussetzung einer Beseitigung dieser Mängel von vielen Interessenten angestrebt wird und eigentlich die größten Fortschritte aufweisen müßte, wenn tatsächlich die Klagen berechtigt wären.

Es war erst die Bildung eines einheitlichen Waggonbau-Trusts für ganz Deutschland geplant. Nachdem sich die Hoffungslosigkeit dieses Planes herausstellte, wurde wenigstens ein regionaler Zusammenschluß etwa in einem westdeutschen, in einem mittel- und ostdeutschen und in einem süddeutschen Konzern angestrebt. In Westdeutschland ist die bereits erwähnte Firmenverbindung zustande gekommen, und man nimmt an, daß es dieser Verbindung gelingen wird, von der Aktiengesellschaft Gebrüder Schöndorf in Düsseldorf den Waggonbetrieb zu übernehmen und die Firma Gebrüder Gassel in Mainz sich anzugliedern. Der erweiterte westdeutsche Konzern würde 20 Prozent der Reichsbahnaufträge zu erledigen haben.

Für Ost- und Mitteldeutschland bestehen Konzernpläne, hinter denen vor allem die Waggonbauunternehmen Busch, Bauhen, stehen soll. Es ist eine Zusammenfassung von Busch, Bauhen, Linke-Hoffmann und Görlitzer Waggonfabrik geplant. Diese drei Firmen verfügen zusammen über einen Reichsbahnanteil von 26,7 Prozent. Am stärksten wäre in dieser Kombination Linke-Hoffmann mit einem solchen Anteil von allein 14 Prozent. Die Konzernierung würde, da Linke-Hoffmann über die Mitteldeutschen Stahlwerke eigentlich nur ein Teilunternehmen des Rhein-Ruhr-Montan-Trusts, der Vereinigten Stahlwerke, ist, bedeuten, daß diese ihre Hände auf einen noch größeren Teil der deutschen Waggonproduktion legen könnten. Da auch noch andere Firmen, u. a. die Wag-

gonfabrik in Verdau in Sachsen in diese Firmenvereinigung einbezogen werden sollen, so käme mehr oder weniger ein Drittel der Reichsbahnaufträge unter die Bestimmung der Besta.

Wir betonen schon, daß diese Konzentrationspläne durchaus nicht strotzen voran. Die Eigenlust der Generaldirektoren und ihres Familienklüngels in den Aktiengesellschaften wirkt sich dabei nicht geringer aus, als in den Privatfirmen das Bedürfnis der Besitzer nach Aufrechterhaltung ihrer selbständigen Verfügungsgewalt, so lange die Reichsbahnaufträge in der Preisbemessung genügend „Spielraum“ für die „Rentabilität“ lassen. Die Verwirklichung der geplanten Kombinationen würde für die Arbeiter-schaft große Veränderungen zur Folge haben. Im Zusammenhang mit den Konzernierungsplänen werden nämlich auch bereits die Pläne für eine eventuelle Neuorganisation der Betriebsverhältnisse besprochen. Es käme in Frage, bestehende Betriebe still-zulegen, die Reichsbahnanteile auf günstig gelegene und besonders vorteilhaft ausgerüstete Betriebe zusammenzuliegen und also einestells Arbeiter zu entlassen, andernteils Arbeiter neu einzustellen. Dabei würden natürlich immer weniger Arbeiter neu eingestellt werden als zur Entlassung gelangen.

Der Sinn solcher Zusammenlegungen ist ja, die Produktion auf Kosten der Arbeiter-schaft zu verbilligen. Ihr weiterer Sinn ist der, nicht im Konkurrenzkampf einen Teil der Firmen, nämlich die unwirtschaftlich arbeitenden, zum Erliegen zu bringen, sondern deren Besitzern für die Stilllegung eine dauernde Rente zu bezahlen durch entsprechende Beteiligung an Konzernkapital. Die Reichsbahn-Gesellschaft wird sicherlich keinen Strich durch solche Rechnungen machen. Wie jetzt, so werden die Dorfmüllers auch zukünftig den Profit gewährleisten. Dafür werden sie die Arbeiter und Beamten der Reichsbahn wie jetzt, so auch künftig in ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen möglichst schlecht stellen.

Reparations-Zahlen

Der Reparationsagent Parter Gilbert hat in seinem jüngsten Bericht die Festlegung der Dauer der Reparationsleistungen als eine dringende Aufgabe bezeichnet. Bekanntlich stehen heute auf Grund des gegenwärtigen Zahlungsplans nur die Jahresleistungen fest, ohne eine Begrenzung der Dauer dieser Leistungen. Nur in bezug auf die Leistungen der Reichsbahn und der Industrie, für deren Schuldenverhältnisse nicht allein die Verzinsung, sondern auch die Tilgung vorgesehen ist, ergibt sich die Beendigung der Verpflichtungen für das Jahr 1984. Aus einer beachtenswerten Darstellung des angesehenen amerikanischen Nationalökonomen G. P. Muld, der in der Reparationskommission seinerzeit eine große Rolle spielte, geht hervor, daß das Dawes-Komitee bei Festlegung der Jahresleistungen bereits ein Endejahr der Jahresleistungen ins Auge gefaßt hatte. Seiner Darstellung zufolge sollten die Reparationsleistungen aus Mitteln des Staatsbudgets im Jahre 1949 aufhören und nur die Beiträge der Reichsbahn und Industrieobligationen bis 1984 weiterlaufen. Der gegenwärtige Wert dieser Jahresleistungen, gerechnet für das Jahr 1928, würde bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent 40,8 Milliarden Mark betragen.

Die Reichsbahn-Gesellschaft vergleicht diese Schuldsumme mit den Lasten, welche die deutschen Reparationsgläubiger auf Grund der interalliierten Kriegsschulden selbst zu tragen haben. Die Kapitalsumme der interalliierten Kriegsschulden, gerechnet per 1928, beträgt bei einer Kapitalisierung mit 1 Prozent 30,1 Milliarden Mark, ist daher erheblich niedriger als die sich nach Muld ergebende deutsche Reparationsschuld. Berück-

sichtigt man die Bevölkerungszahl der beteiligten Länder, so ergibt sich für Deutschland auf Grund der obigen Berechnung per 1928 pro Kopf der Bevölkerung eine Reparationsschuld von 651 Mark. Auf die interalliierten Schuldner, deren Länder zusammen eine dreimal so hohe Kopfzahl wie Deutschland aufweisen, entfällt eine Schuldlast von 178 Mark pro Kopf. Was die einzelnen Schuldnerländer, die gleichzeitig Gläubiger Deutschlands sind, anbelangt, so ist deren Belastung aus den interalliierten Kriegsschulden (bei einer Kapitalisierung mit 4 Prozent) pro Kopf der französischen Bevölkerung 356 Mark; für Großbritannien pro Kopf 192 Mark; für Italien 116 Mark; für Belgien 172 Mark. Das heißt, es würde sich auf Grund dieser Berechnung für sämtliche Gläubigerländer Deutschlands eine viel niedrigere Verschuldungsquote nach ihren eigenen Kriegsschulden ergeben als für Deutschland.

Paris 1927

Protokoll des 4. Ordentlichen Kongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes, abgehalten im Grand Palais, Paris, vom 1. bis 6. August 1927. Reicht Berichten über die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und über die Internationale Arbeiterinnenkonferenz. Verlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam. 288 Seiten.

Der Statistische Band enthält nicht nur die eigentlichen Verhandlungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate und der Internationalen Arbeiterinnenkonferenz, sondern auch im Wortlaut die zu den einzelnen Verhandlungspunkten gehaltenen Referate und gefaßten Beschlüsse. Von diesen Verhandlungspunkten heben wir folgende hervor: Die Aktion der Arbeiter gegen Krieg und Militarismus — Der internationale Kampf um den Acht-Stunden-Tag — Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — Angestellte, Beamte und freie Berufe in der Gewerkschaftsbewegung — Der organisatorische Aufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes — Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen — Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit — Arbeiterinnen-schutz, — Heimarbeit. (Preis der deutschen Ausgabe 5 Mark.)

Rundfunkprogramm

Sonntag, den 21. Januar. Unterhaltung und Belehrung.
10.20 Uhr: Befanngabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.40 Uhr: Weiterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). Schneebälle und Wasserstands-meldungen. 11.50—12.50 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Künstlerische Darbietungen für die Schule. Tansmusik des Kololo. 12.55 Uhr: Neuerer Zeitgehen. 13.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 13.30 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. Romanzen und Humoresken. 18—18.30 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. Goldbach, Geschäftsführer der Haus-rat A.G.; „Hauskultur in der Arbeiterwohnung.“ 18.30—18.45 Uhr: Funtscheffstunde. 18.45—19 Uhr: Steuerrundfunk. 19—19.30 Uhr: Vortragreihe: „Volkswunde.“ 3. Vortrag. Prof. Dr. Adolf Spamer, Techn. Hochschule, Dresden: „Märchen.“ 19.30—20 Uhr: Prof. Dr. H. Palm-Zukunft: „Unter den Zeichen des gelben und schwarzen Glaubens am Balkan.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneebälle und Zeitangabe. 20.15 Uhr: Mikroskopische, ausgeführt vom Musikkorps des 3. Batl. 10. Inf.-Regts., Dresden. Leitung: Musikmeister Hermann Schmidt. 1. Vorhing: Ouvertüre zur Oper „Der Wildschütz.“ 2. Radehy-Marsch. 3. Jassel: „Im bunten Rod.“ Marsch. 4. Meyerbeer: Fackeltanz. 5. Verdi: Duver-türe zur Oper „Rebutabnezar.“ 6. Mendelssohn: Marsch. 7. Boden-bergs-Marsch. 8. Kallman: Polpourri aus der Operette „Gräfin Mariza.“ 9. Brüll: Marsch aus der Oper „Das goldene Kreuz.“ 10. Brüll: Marsch aus der Oper „Das goldene Kreuz.“ 11. H. v. Waten: Maritimo-Fox.

MANN MUR ZU

Gewaltige Preis- herabsetzung

für
unser gesamtes
Lager vollwertiger
Qualitätsware

Herren- Jünglings- u. Knaben- Kleidung

Beginn 16. Januar

GEBR.

Der INVENTUR- AUSVERKAUF

Von dem man spricht!
Einige Beispiele unserer Preise!

Herren-Sakko-Anzüge aus tragtüchtigen Stoffen	Herren-Sport-Anzüge verschiedene Formen, 3- und 4 teilig
23.— 29.— 36.— 43.— 56.— 63.— 69.— 76.— 83.— 89.— 96.— u. höher	26.— 33.— 39.— 46.— 53.— 66.— 73.— 79.— 83.— 89.— 96.— u. höher
Herren-Winter-Über moderne Muster und Formen	Herren-Winter-Paletots 1- und 2-reihige und Rock-Paletots
23.— 29.— 36.— 43.— 56.— 63.— 69.— 73.— 79.— 83.— 89.— u. höher	33.— 39.— 46.— 53.— 59.— 66.— 69.— 73.— 79.— 86.— 93.— u. höher

Gummi- u. Loden-Mäntel viele Formen, schöne Muster	Herren-Hosen gemustert, gestreift, enorme Auswahl
9.25 11.50 13.75 15.90 18.75 21.— 24.— 29.—	2.95 3.75 4.90 6.25 7.90 9.25 11.— 12.50 14.50

Herren-Breeches und Knickerbocker schöne Sportmuster, gute Qualität	Knaben-, Jünglings-, Berufs- und Hoch- sommer-Kleidung bis 50% Preisermäßigung
3.75 6.90 7.50 8.75 9.90 11.— 12.90 14.— und höher	

MANN

Leipzig, Reichsstr. 11
Ecke Salzgäßchen

Französische Religions-AG

Märtyrer der Mietpreise

Ist da ein Ort in der Nähe von Lyon in Südfrankreich mit Namen Vaugneray. In dem Ort war neben vielen andern Einrichtungen des öffentlichen Lebens auch eine katholische Kirche in Betrieb. Das Geschäft ging: dank der gütigen Nachsicht. Man war zufrieden und froh im Pfarrhaus. Seine Hochwürden predigten, sprachen Gebete, nahmen Belästigungen entgegen. Kurzum, der Herr Pfarrer hatte zwar nicht übermäßig zu tun, aber er war verträglich vor Gott, seinem Herrn und auch mit den Bewohnern des Städtchens. Eines schönen Tages zog nun in den Gemeinderat von Vaugneray eine sozialdemokratisch-radikale Mehrheit ein. Und neben verschiedenen andern Dingen begann sich der Gemeinderat auch mit dem Herrn Pfarrer und seinen näheren Lebensumständen zu befassen. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, daß die Mehrheit des südfranzösischen Ortes vom Herrgott oberhauptet von seinen ausdrücklich legalisierten und bevollmächtigten Vertretern nicht allzu viel wissen wollte. Die Gemeinderäte machten nun keine gewalttätige Rebellion gegen ihren Pfarrherrn, sie ließen auch keinen Tempel der „Gleichheit“ in Anlehnung an die Erinnerungen der großen französischen Revolution errichten, sie erhöhten nur vor einigen Wochen die Miete für das Pfarrhaus. Und was passierte? Die Antwort gibt eine Meldung der Frankfurter Zeitung:

„Zum Protest gegen die Erhöhung der Miete des Pfarrhauses, welche durch den radikalsozialen Gemeinderat von Vaugneray in der Nähe von Lyon verfügt wor-

den war, hat der Kardinal Maurin beschloffen, die Pfarrei öffentlich einzunehmen und die Kirche zu schließen. Nach Verlesung einer Erklärung durch den Generalsekretär verließ der Pfarrer Kirche und Pfarrhaus.“

bleibt man diese ergötliche Meldung, für deren Richtigkeit die Frankfurter Zeitung ja bürgt, so wird man sich vor allem herzlich darüber freuen, wie prompt und wirkungsvoll das Mittel der radikalen Gemeinderäte einschlug! Daß die biederen Gemeinderäte erkannt haben, daß das heiligste Sakrament der Kirche der Geldbeutel ist, kann einen schon wegen der gefunden persönlichen Erkenntnis freuen. Etwas Bedeutsameres zeigte aber auch noch dies kleine südfranzösische Abenteuer, das fast ein bißchen an Eulenspiegel erinnert würde, wenn es nicht wahr wäre. Die Kirche bzw. ihre „von Gott eingesegneten“ Beamten sind ausgezogen, weil die Miete für die Pfarrerswohnung zu teuer wurde. Die Möglichkeit, irgendwo als Untermieter oder Schlafburche zu gehen, hat der Pfarrer nicht ausgenutzt. Er dankte sich besser als die Schar seiner Frommen. Das Refusklein ist zwar in einem Stalle zur Welt gekommen, der Pfarrer von Vaugneray muß aber in einer luxuriösen, standesgemäßen Wohnung haufen. Wichtig ist jedoch, daß dieser Auszug der alleinseligmachenden Kirche aus dem Orte nicht auf einen Entschluß des vielleicht etwas erregten Ortsgeistlichen beruht, sondern ausdrücklich auf Geheiß des Kardinals Maurin erfolgt ist. Dieser Kardinal, der zu den einflussreichsten Kirchenfürsten Frankreichs gehört, hat mit diesem Entschluß offiziell die katholische Kirche als ein zumindest „gemütskrankhaftes“ Erwerbsunternehmen deklarieren. Sind die „Produktionskosten“ von Wesse, Sakrament und kirchlichen Segen zu hoch, steigen die Betriebsausgaben über das übliche Maß, wird dadurch der Profit und

die Rente unter den Durchschnitt gedrückt, macht die katholische Kirche — siehe in Vaugneray — ihren Laden zu „Stilllegung“ nennt man das in der kapitalistischen Wirtschaft.

Das südfranzösische Beispiel mag aber auch als Vorbild dienen: hängt den Herrschaften den Brotkorb höher! Dann wird ihnen auch bald „die Freude am Geschäft“ vergehen und sie werden dorthin ziehen, wo die Menschen noch unverbodener, gefreudiger und blimmer sind. Jesus ließ sich für seinen Glauben kreuzigen, seine Jünger lehren und wirken nur dort, wo die Betriebsausgaben und Spefen einen anständigen Verdienst ermöglichen.

Freiwillig in den Tod

SWD Berlin, 18. Januar.

In Grünauer Forst bei Berlin wurden am Mittwoch früh in der Nähe eines Bahndamms die Leichen des 20jährigen Arbeiters Wilhelm Hagerer und der um zwei Monate älteren Frau Elisabeth Schröder, die beide in der Kolonie Jeesen bei Königswusterhausen gewohnt haben, mit Kopfschüssen aufgefunden. Neben ihnen lagen ein Revolver und ein Brief. Wie festgestellt wurde, waren Hagerer und Frau Schröder seit mehreren Jahren miteinander befreundet. Hagerer hatte seinerzeit seine Freundin heiraten wollen, war aber von deren Eltern abgewiesen worden, weil man ihn für zu jung hielt. Vor etwa zwei Monaten verheiratete sich dann das Mädchen mit einem anderen Manne, kam aber bald zu der Erkenntnis, daß sie sich doch mehr zu Hagerer hingezogen fühlte. Beide beschloßen nun, gemeinsam in den Tod zu gehen. Allem Anschein nach hat der junge Mann erst die Frau durch einen Kopfschuß getötet und sich dann selbst das Leben genommen.



Sigism. Felix Lehmann

Erstaunliche Leistung

- Woll-Jacquard wunderbare Mantelware, Liebergangsmantel, 130 cm breit. für 6⁴⁰
- Reste in Wolle, Seide und Samt für die Hälfte des regulären Wertes 32⁴
- Wischtücher Halbleinen, rot kariert 100
- 1 Posten Hauskleider aus bestem Zephir, moderne Form 125
- Hemdhosen u. Prinzbröcke 150
- Herren-Unterhosen wollgemischt, Größe 4 150
- Damen-Schlupfhosen Baumwolle, geraut 5⁹⁰
- Damen-Lumber-Jacks Wolle mit Seide 8⁷⁵
- Damen-Kleider aus sparten Wollstoffen, Composé 30⁰⁰
- Damen-Gummi-Mäntel Covercoatbezug 750
- Damen-Mäntel aus modernen Noppenstoffen, Absseite, Pelskragen 27⁵⁰
- Herrn-Sakko-Anzüge in soliden strapazierfähigen Qualitäten 25⁰⁰
- Herrn-Manschester-Anzüge von 23⁰⁰
- Herrn-Sakko-Anzüge in modern. Ausmusterung, tragfähige Ware 45⁰⁰
- Herrn-Loden-Mäntel Strichloden, in verschiedenen Farben 750
- Herrn-Winter-Ulster 48⁰⁰
- Herrn-Winter-Ulster in schönen, modernen Qualitäten, zweireihig



INVENTUR-AUSVERKAUF

Sächsischen Angelegenheiten

Unter den Kulissen der Heldt-Regierung

Wir brachten gestern bereits kurz die Nachricht, daß das Zentrum den Staatsgerichtshof anrufen hat. Im folgenden geben wir einem unserer unabhängigen Mitarbeiter Gelegenheit, ausführlich zu dem Vorgang Stellung zu nehmen. Die Red.

Als der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich durch die Urteile vom 17. Dezember 1927 die Wahlvorschriften in den Ländern Hamburg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz für ungültig erklärt hatte, nahm die Staatskanzlei bereits am 20. Dezember 1927 Stellung zu den Urteilen. In weilschwefigen, niemanden überzeugenden Ausführungen legte sie dar, daß die Urteile keine Auswirkung für den im Oktober 1928 in Sachsen gewählten Landtag hätten, der auf Grund ähnlicher Vorschriften wie in den genannten Ländern gewählt worden war. Die Frage hat die sächsische Verfassungskommission seitdem vielfach beschäftigt. Auch in unserer Zeitung ist mehrfach zu den Urteilen Stellung genommen worden. Nunmehr ist die Frage der Ungültigkeit des sächsischen Landtagswahlgesetzes vom 6. Oktober 1928 akut geworden: die sächsische Zentrumspartei, der bei den letzten Landtagswahlen nur wenige Stimmen zu einem Mandat fehlten, und die deshalb ausfiel, hat Klage beim Staatsgerichtshof gegen den Freistaat Sachsen erhoben, in der sie die Ungültigkeit der Bestimmungen des sächsischen Wahlgesetzes über die Zahl der Unterschriften und die Forderung der Stellung einer Kautionsunterschriften und die Feststellung haben will. Obwohl die Klage der sächsischen Regierung bereits Anfang Januar 1928 zugelassen worden ist, hat die Staatskanzlei von dieser für das sächsische Verfassungsleben außerordentlich wichtigen Tatsache bisher nichts verlauten lassen. Daß sie, die sonst so geschwählig ist und zu jedem Quark Stellung nimmt, die Sprache verloren hat, geht daraus hervor, daß Herr Ministerpräsident Heldt Anweisung gegeben hat, die Klage einstweilen totzuschweigen. Nachdem er eben erst im „Jahrbuch für Sachsen 1928“ in einer Uebersichtsarbeit verkündet hat, seine Regierung „des Burgfriedens und der Volksgemeinschaft“ werde von langer Dauer sein, ist

der Bestand dieser Regierung ernstlich bedroht.

durch die Ungewißheit der Lage, die die Klage der Zentrumspartei im Gefolge hat. Gibt der Staatsgerichtshof der Klage statt, was, wenn der Staatsgerichtshof an seinem in den eingangs erwähnten Urteilen eingenommenen Standpunkt festhält, nicht zu zweifeln ist, so ist

das Schicksal des Landtages besiegelt.

It das Wahlgesetz vom 6. Oktober 1928 verfassungswidrig in seinen grundlegenden Bestimmungen, so sind die nach ihm vorgenommenen Wahlen ungültig. Neuwahlen müssen dann nach dem Wahlgesetz vom Jahre 1920 vorgenommen werden. Daß der neue Landtag ein vom alten grundverschiedenes Gesicht haben wird, ist nach den Taten des bisherigen Landtages, die unverzüglich den Profitinteressen des Unternehmertums und der Hausbesitzer zum Schaden der Arbeiter, Kleiner und kleineren Gewerbetreibenden dienen, auch Herrn Heldt nicht zweifelhaft. Seine Stunde hat dann geschlagen. Wie die drohende Gefahr abwenden?

Herr Heldt möchte nicht der Held sein, dessen Grundgesetzlichkeit sich noch jeder Lage anpassen konnte, wenn er keinen Ausweg verschaffen sollte. Da die Ausgaben des Prozesses für die Regierung jauch sind, heißt es, die Klage im Wege von Verhandlungen zu erledigen. So hat Herr Heldt die Fiktion mit den führenden Zentrumsmachern ausgenommen, um die Rücknahme der Klage zu erreichen. Nachdem sie die sächsische Regierung, vor kurzem erst auf Verlangen des Bischofs von Bamberg schuldig vor die Jungfernehere der Kasse von Konnersreuth gestellt hat, herrscht bei den führenden Zentrumskreisen eine recht freundliche Stimmung für die Heldt-Regierung. Herr Heldt ist wohl guter Hoffnung. Paris ist eine Welle weg. Er gewinnt wohl die politische Aufgabe des Volksbildungsministers Dr. Kaiser an der für den 22. Januar 1928 in Dresden geplanten großen Protestkundgebung gegen die den Bestand der sächsischen Volkshochschulen bedrohenden Beschlüsse des Bildungsausschusses im Reichstage, deren Urheber der unversorgte Hochverrat Dr. Heinze, Haupt der Volkspartei in Ostfalen, ist, ein anderes Bild.

Indes sollte Herr Heldt nicht zu früh frohlocken. Die Dinge laufen kraft ihrer eigenen Schwerkraft oft anders als der gelehrte Mäher im voraus berechnet. Der Landtag wird seine Vogel-Strauß-Politik treiben können. Er wird sich mit der Frage der Ungültigkeit einzelner Bestimmungen des Landtagswahlgesetzes, die aber ausschlaggebend für das ganze Gesetz sind, zwangsläufig beschäftigen müssen, zumal gerade seinerzeit in der Begründung der sächsischen Vorlage bei der Forderung der Kautionsstellung das Beispiel Hessens als Vorbild diente. Dann werden all die Schiedlungen, die jetzt hinter den Kulissen spielen, durchkreuzt werden. Sachsen muß aus der dumpfen Atmosphäre, die die innerlich brüchige

Koalitionsregierung so verschiedenartiger Regierungsparteien über das Land gebracht hat, heraus. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, endlich reinen Tisch zu machen. Cnen.

Die erschrockenen Reaktionäre

Die Meldung von der Einreichung der Klage des Zentrums beim Staatsgerichtshof gegen das sächsische Wahlgesetz ist natürlich den Reaktionären aller Schattierungen mächtig in die Glieder gefahren. Der Dresdner Anzeiger, das Organ des Herrn Bliherer, versucht die Deffentlichkeit zu täuschen, indem er versichert, das Zentrum klage ja nicht auf Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen, sondern nur auf Aufhebung der Bestimmungen über die Zahl der Unterschriften und der Kautionsunterschriften über die Zahl der Unterschriften und der Kautionsunterschriften. Daraus zieht das Bliherblatt die Schlussfolgerung, daß eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes im Sinne der Zentrumsklage den Bestand des Landtages nicht in Frage stellt.

Das ist eine bewußte Täuschung der Deffentlichkeit, denn in den bisherigen Urteilen des Staatsgerichtshofes ist auch nicht die Ungültigkeit der Wahl, sondern die Verfassungswidrigkeit der

Stellung des Staatsgerichtshofes über die Ungültigkeit des sächsischen Wahlgesetzes in den Wind schlagen wollte, so könnte jede Partei beim Staatsgerichtshof erneut Klage einreichen, und zwar auf Ungültigkeit der Wahlen. Diese Klage müßte unbedingt Erfolg haben.

Zu der Meldung von der Klage der Unabhängigen schreibt der Dresdner Anzeiger:

Man darf wohl aber annehmen, daß die sozialdemokratische Meldung richtig ist. Es ist auch weiter anzunehmen, daß diese Klage sich gegen die Landtagswahlen unmittelbar richtet, weil ja die Unabhängigen sich an der Wahl überhaupt nicht beteiligten. Sie haben zwar gar keinen entsprechenden Antrag gestellt; es ist aber möglich, daß sie nur deshalb darauf verzichtet haben, weil es von vornherein klar war, daß sie den Bestimmungen des Wahlgesetzes nicht gerecht werden konnten. Im übrigen darf es als ausgeschlossen gelten, daß die unabhängigen Sozialdemokraten auch bei einem anderen Wahlgesetz in den Landtag gelangt wären. Haben sie doch beispielsweise bei den letzten Reichstagswahlen in ganz Sachsen nur 11426 Stimmen auf ihren Wahlvorschlagn vereinigen können. Und das zu einer Zeit, als die Wiedervereinigung der Unabhängigen mit den Mehrheitssozialdemokraten noch nicht weit zurücklag. Damals war der Name der USP immerhin noch ziemlich bekannt und konnte eine Anzahl von Wählern verlocken, ihre Stimme dieser Partei zu geben. In den seitdem verstrichenen Jahren hat man jedoch von den Unabhängigen so gut wie nichts mehr gehört, und sie wären wohl auch gänzlich in Vergessenheit geraten, wenn jetzt nicht dieser Antrag beim Staatsgerichtshof aufgebracht. Die Frage mag dahingestellt bleiben, ob sie diesen Schritt von sich aus getan haben, oder ob sie etwa von einer anderen Seite dazu veranlaßt worden sind.

Auch diese Auslassung verrät deutlich das Bemühen, die Angst vor der Klage zu verbergen, weil nämlich die Reaktionäre noch immer hoffen, das Zentrum zur Zurücknahme der Klage bewegen zu können, während sie bei der USP wahrscheinlich keine solche Hilfe erwarten können.

Die Lockerungsverordnung soll überprüft werden

Die Staatszeitung schreibt: Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Beschwerden, die auf Grund der sächsischen Verordnung über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft vorgetragen worden sind, demnächst zu prüfen. Sollten sich diese Beschwerden als berechtigt erweisen, dann soll erwogen werden, inwieweit die Lockerungsverordnung örtlich begrenzt, aufgehoben oder eingeeignet werden kann.

Die Regierung will sich also endlich bequemen, die Schwierigkeiten, die durch die Lockerungsverordnung eingetreten sind, zu beheben. Diese Verordnung wurde im vergangenen Frühjahr auf Drängen der Wirtschaftspartei erlassen, damit diese Partei mit in die Regierung aufgenommen werden konnte. Was sagt übrigens jetzt die Wirtschaftspartei zu den Bestrebungen der Regierung?

Dresden. Ein gemeiner Streich. Am Mittwochabend Stadt Dresden hat dem Direktor Stosch-Sarrasani mitgeteilt, daß er bereit ist, dem Zirkus Erleichterungen zu schaffen, die das Unternehmen benötigt, um in Dresden und Sachsen lebensfähig zu werden. Es sind Vereinbarungen in Aussicht gestellt, die das große Zirkusgebäude dauernd betriebsmäßig machen sollen.

Weslen. Volksentscheid. Am 20. Januar wird die hiesige Einwohnerschaft in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob das hiesige Stadtverordnetenkollegium aufgelöst und neu gewählt werden soll.

Chemnitz. Gefährlicher Felssturz. Bei der Haltestelle Niedergolßenstein bei Rittersgrün stürzte, nachdem wenige Minuten zuvor ein Bergmann die Stelle gespürt hatte, ein Felsblock von über 6000 Kubikmeter Größe auf die Bahntrasse und zerstörte mehrere Waggon. Die Bahndirektion hat die Bahnstrecke bis zum Weiterarbeiten gesperrt.

Chemnitz. Diebstahl im Museum. In Chemnitz wurden am 11. Januar aus dem Museum am Königsplatz folgende altchinesische Kunstwerke entwendet: 1 Rollbild, 25 x 200 Zentimeter groß, auf Seidengrund; 1 Boot unter Felsen, und 8 Tuschezeichnungen, 20 x 30 Zentimeter groß, auf Goldgrund, farblich abgeleitet. Die Zeichnungen sind mit chinesischen Schriftzeichen versehen.

Falkenstein. Vom Freund erschossen. Während der Schrankenwache K. seine Pistole reinigte, nahm in einem unbewachten Augenblick sein anwesender Freund die Waffe in die Hand und feuerte daraus einen Schuß ab, der K. traf und dessen Tod zur Folge hatte.

Borna. Eisenbahnunfall. Auf der Linie Chemnitz-Borna entgleisten am Mittwochvormittag zwei Wagen eines rangierenden Güterzuges. Hierbei wurde ein Hilfschaffner, der zwischen die Buffer geriet, totgebridelt.

Sondervorstellung
für die Leser der
Leipziger Volkszeitung
Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr
im Varieté Battenberg
Tauchaer Straße 34

10 internat. Attraktionen von Weltrauf
Das beste aller Programme, welches bisher
gebracht wurde — Drei Stunden lang
anhaltender Beifall

Die Eintrittspreise wurden für diese Sondervorstellung bedeutend herabgesetzt: Logen 1.30, Parkett Mk 1.00, alle übrigen Plätze 50 Pfg. Eintrittskarten zu genannten Ausnahmepreisen sind täglich von 11 bis 1 Uhr und von 6 Uhr abends an der Variétékassa gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung zu haben

Wahlgesetze jener Länder festgestellt worden. Daß nach einer Feststellung über die Ungültigkeit des sächsischen Wahlgesetzes das Organ der Deutschen Volkspartei den Landtag weiterbestehen lassen will, zeigt die Zurückhaltung der Reaktionäre vor der Neuwahl. Bei den Schwierigkeiten, die in der Regierung und unter den Koalitionsparteien bestehen, ist eine Entscheidung des Staatsgerichtshofes vor dem Bestehen des Landtages allerdings besonders gefährlich. Man braucht nur an die Geschehnisse der sächsischen Koalition über das Reichshausgesetz zu erinnern, in dem die Deutsche Volkspartei in einem Flügel um Dr. Kaiser und in einem anderen um Dr. Heinze zerfällt, während die Demokraten gegen die kulturfeindliche Politik der Deutschen Volkspartei protestieren. Man braucht nur auf den Kampf in der Koalition um die Mieterfragen hinzuweisen, in dem die Wirtschaftspartei mit Demokraten aufwachen und „Kollaboranten“ in schärfstem Widerstreit stehen. Dazu der Kampf der Deutschnationalen gegen das Arbeitsministerium, dessen Beseitigung Heldt den Deutschnationalen versprochen hat. Daneben gibt es noch eine Menge widerstreitender Interessen in der Koalition.

Welche von den Parteien soll denn die Belastung in den verschiedensten Fragen auf sich nehmen, wenn keine Partei weiß, ob der Staatsgerichtshof mit seiner Entscheidung den Landtag zur Auflösung zwingt? Selbst wenn nämlich der Landtag die Fest-

Ein Riesen-Erfolg

waren die ersten Tage unseres Inventur-Ausverkaufs infolge der gewaltigen Preisherabsetzungen!

ca. 3000 Meter
Kleider - Crêpe
u. Wollmilität Mtr. **48**

1 Posten
Frotterwäsche
prima Qualitäten
Handtücher Stck. von **65**

1 Posten bestickte
Bettwäsche
aus ps. Linnon, 1 Bezug
und 1 Kissin bestickt,
1 Kissin glatt Garnitur **775**

1 großer Posten
reinwoll. Kleider-
stoffe doppeltbreit
..... Mtr. **130**

1 großer Posten
reinwoll. Foulé-
Keros m. passendem
und . . . Mtr. **175**

1 großer Posten
Mantel-Rips
reine Wolle, 130 cm
breit, viele Farben Mtr. **480**

ca. 4000 Meter
Kleiderseide **95**
besehend aus kunst-
wollenen China, Druce
und Paconnés . . . Mtr.

1 Posten
Sammet - Reste **295**
nur prima Qualität,
Linden und Mengers, in
schwarz und farbig Mtr.

1 großer Posten
Crêpe de Chine **350**
reine Seide, ca. 100 cm
breit, in großem Farben-
sortiment Mtr.

1 großer Posten
Kostümmstoffe **160**
ca. 140 cm breit Mtr.

1 großer Posten
Sport-Anzug-
stoffe ca 145 cm
breit . . Mtr. **290**

1 Posten
Kammgarn-
Anzugstoffe **865**
ca 140 cm breit Mtr.

Leipziger Textil-Gesellschaft

BRUHL 21

Kulturelle Machtpolitik

Die sozialistische Bildungsarbeit im und am Proletariat hat im Laufe der letzten fünf bis zehn Jahre einen — verglichen mit der Vorkriegszeit — geradezu ungeheuren Aufschwung genommen, und Probleme, über die man sich früher kaum den Kopf zerbrach, stehen heute im Mittelpunkt des Interesses und werden allerorten eifrig diskutiert. Kulturpolitische Fragen spielen dabei eine besonders große Rolle, weil sie bislang ungewöhnlich arg vernachlässigt wurden, und zumal die der psychologischen Beeinflussung der Massen weitaus die meiste Aufmerksamkeit; sie ist freilich auch für jede Bewegung eine Lebensfrage im wahren Sinne des Wortes.

Das Referat, das die Genossin Anna Siemsen in der gestern im Zentraltheater stattgefundenen öffentlichen Versammlung der SPD hielt, behandelte hauptsächlich die kulturpolitischen Waffen und Methoden, die die herrschende Klasse benutzt, um das Proletariat geistig niederzuhalten und von seinen dringenden Aufgaben abzulenken. Genossin Siemsen führte etwa aus:

Einst, vor Jahrtausenden, ließen die Herrscher Ägyptens und anderer Erdenteile ihre Untertanen durch Waffengewalt zur Arbeit zwingen; große Scharen von Knechtern, hinter denen vorwiegend gewaltige Armeen von Soldaten standen, trieben die Sklavensklaven mit Peitsche und Stachel ans Werk, und riesige Beuten legen noch heute herabes Zeugnis ab von der Macht der Pharaonen und dem Glend der Unterdrückten. Doch diese Methode des direkten, physischen Zwanges erwies sich gar bald als recht kostspielig und unsicher, weshalb man dazu überging, den König als Gott, als eigentlichen Besitzer aller irdischen Güter, hinzuzufügen, dem zu dienen und zu gehorchen höchste Ehre und daneben auch Notwendigkeit sei, wenn man sich vor Schaden bewahren wolle. Absonderung des Pharaos vom Volke, geheimnisvolles und umständliches Zeremoniell, ungeheure Tempelbauten und Tausende von wüchigen Denkmälern zwangen die unwissenden Massen die nötige Achtung ab und brachten ihnen die Überzeugung bei, daß sie diesem Gotte gegenüber tatsächlich ein Nichts waren, daß vor soviel Machtjähne nur unbedingte Ehrfurcht und strikter Gehorsam angebracht erscheinen konnten. Nicht mehr Knute und Speer veranlaßte sie dazu, sondern ihr Glaube, ihre Religion.

Heute können sich Kaiser und Könige oder gar simple Millionäre und Milliardäre nicht mehr für Götter ausgeben. Das bejagt jedoch durchaus nicht, daß sie auf dieses Mittel, die Massen zu beherrschen, verzichtet hätten; sie haben es nur immer zielbewußter differenziert, suchen mit anderen Methoden den Glauben an das Uebernatürliche und an die Schicksalsbestimmtheit der Menschen aufrechtzuerhalten. Wenn zum Beispiel im ausgehenden achtzehnten Jahrhundert das „Wunder“ von Konnersreuth passiert wäre, würden sich die Gelehrten aller Länder und lärmliche Zeitungen wie ein Mann gegen diese Verleumdung am Geiste der Aufklärung gewandt haben. Heute aber, im Zeitalter der Elektrizität und des Weltverkehrs, erklärt die große Presse selbst — der protestantischen Gebiete in spaltenlangen Artikeln, daß es doch noch allerhand Rätsel

auf Erden gebe, und daß die Sache gar nicht so ohne wäre... Das rührt daher, daß sich die herrschende Klasse jetzt in der Defensive befindet, wobei ihr jedes Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer Macht recht ist. Noch hat sie zwar auch Tanks, Maschinengewehre und Gasbomben, doch vermag man die leider nicht anzuwenden, ohne gleichzeitig alle Produktion stillzulegen und damit das Profitmachen zu verunmöglichen.

In allen Buchhandlungen sind Biographien von Männern zu haben, die „es zu etwas gebracht haben“ — zum Beispiel: Ford, Redefeller u. a. — und in jedem Volksschullesebuch finden sich Geschichten, die erzählen, wie Krupp mit fünf Gesellen oder Borlig mit drei Talarern angefangen haben und trotzdem Großindustrielle und Milliardäre geworden seien. Sie alle sollen in dem sie lebenden Arbeiter, Angestellten und Beamten den Gedanken wecken, daß er auch durch Sparsamkeit, Mühseligkeit usw. etwas Großes werden könne. In gleicher Weise erzeugen die Filme soziale Illusionen und auch die gängigste Romanliteratur der Courts-Maler und ähnlicher Geistesriesen steht ihnen an Wirkung nicht nach.

Die Produktionsmittel sind der heutigen Gesellschaft längst über den Kopf gewachsen, der Zwiespalt zwischen Wirkung und Wirkungslosigkeit der Industrie wird tagtäglich größer. Millionen von Menschen hungern, frieren und haben kein Obdach, doch ihr Bedarf kann nicht befriedigt werden; ja, sie haben nicht einmal Zeit, über ihn ernstlich nachzudenken, da andere, drängendere Probleme der Lösung harren: Wer wohl die eleganteste Frau der Welt oder der schlügliche Boxer Europas sein mag, und dergleichen mehr. Mit tausendfacher Dingen dieser Art senkt die bürgerliche Illustrierte wie nichtillustrierte Presse die Massen des Proletariats von ihren Aufgaben ab, und zwar mit nur zu gutem Erfolg.

Die derzeitige Reichsregierung hat sich auf kulturpolitischem Gebiete ganz besonders energisch betätigt; es sei nur an das Gesetz zum Schutze der Jugend von Schund und Schmutz, an die Errichtung der verschiedenen Filmprüfstellen, an die Zensur der literarischen Produktion usw. erinnert. Zur Zeit ist sie trampschheit bemüht, zwei neue Pfeiler für die Macht der herrschenden Klasse zu errichten, bevor der Reichstag verschwindet: das Schul- und das Strafgesetz. Der Kampf um die Schule ist, zumal für das Zentrum, aber auch für die übrigen bürgerlich-Parteien eine Lebensfrage, und sogar die Protestanten hindern, die Wünsche des Zentrums zu erfüllen; in kulturpolitischen Angelegenheiten sind sie sich trotz aller Gegensätze einig, und auch die Frage, ob rechts oder links, spielt dabei, wie der Phobus-Standal zeigt, keine Rolle.

Noch vor wenigen Jahrzehnten hat die Bourgeoisie den nackten Gewaltstandpunkt vertreten und beispielsweise in den neunziger Jahren im Reichstags erklärt, daß nur „die konfessionelle Schule mit der Welt des Sozialismus fertigwerden könne“. Heute ist sie vorsichtiger, aber nicht weniger bestrebt, ihre Wünsche durchzusetzen; mit allen Mitteln — Presse, Radio, Kino — propagiert sie ihre Klasseninteressen, oft in einer Form, die sie den Massen als durchaus objektive Meinungsäußerung erscheinen läßt. Das Proletariat hat sich jeden Einfluß auf diese wichtigsten Reklamemöglichkeiten, die auch den stumpfsten, unpolitischsten Menschen erschaffen, entgegen lassen, und muß nun erst sehen, wie es dieses Wank nachträglich wieder ausgleichen kann. Daß unser Sache so gut und klar

ist, daß sie jeder begreifen müßte, hat nichts zu bejagen gegenüber dem Umstand, daß die Massen uns ja nicht hören.

Das Reichsschulgesetz wird sicher Wirklichkeit werden und damit zwar die Schule zerbrechen, gleichzeitig aber die Möglichkeit schaffen, die Arbeiterkinder mehr in unserem Sinne zu erziehen, als das bisher möglich war. Die Schwierigkeiten, die sich dem entgegenstellen, sind sicher nicht ärger als die, die in den sechziger Jahren bei der Propagierung des Sozialismus zu überwinden waren. Die Kinder werden künftig mit allen Mitteln moderner Pädagogik für bestimmte Parteiziele beeinflusst werden und die Arbeiterklasse muß mit der gleichen Energie bestrebt sein, ihren eigenen Nachwuchs in ihrem Geiste und für ihre Zwecke zu schulen. Nur durch maßbewußte und maßgewollte Menschen kann dem Gegner die gefährliche Waffe entzogen und er niedergeworfen werden; der Grad und die Geschwindigkeit dieses Kampfes hängt in hohem Maße vom organisierten Proletariat selbst ab.

Genossin Siemsen schloß mit dem Wunsch, daß auch für die Ketteren der Partei durch die Wäpfe bereits hinter ihnen liegen und sie das gelobte Land des Sozialismus nicht nur von fern sehen, sondern auch erreichen möchten. Die Versammelten waren durch die Ausführungen der Rednerin höchlich gefesselt. Kein Wunder! Hatte sie doch an Problemen der Bildungsarbeit gerührt, die dringend der Lösung bedürfen, zu deren Lösung sich aber auch der Wille des Proletariats immer mehr konzentriert und, was nicht minder wichtig ist, deren Lösungsmöglichkeit immer näher rückt. Klar und eindringlich wurde den Anwesenden ins Bewußtsein gehoben, eine wie starke Förderung dem Klassenkampfe des Proletariats auch von dieser Seite aus gebracht werden kann. N. H.

Der Unternehmer als Brandstifter

Ein schweres Unglück verhütet

WTB Kiel, 19. Januar.

In der Maschinenbauanstalt und Automobil-Reparaturwerkstätte der Firma Emil Schulz u. Co. in Kiel, Delsingstraße, brach gestern Abend Feuer aus, das durch das fahrlässige Eingreifen der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht werden konnte. Drei Automobile sind trotzdem fast vollständig zerstört. Wie die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ergaben, liegt Brandfestigung vor. Unter einem der Automobile waren brennende Weihnachtskerzen aufgestellt worden. Alle Kontor- und Arbeitsräume waren mit einer mehrere Zentimeter hohen Öl- und Benzin-schicht bedeckt. Mit Benzin getränkte Pappbaumwolle sollte das Feuer durch alle Räume leiten. Zwei Fässer mit insgesamt zwei Literer Karbid waren angebohrt worden, um den Flammen Zutritt zu gewähren. Eine Explosion dieser riesigen Menge hätte genügt, um ein unmittelbar daneben liegendes Wohnhaus vollkommen in Trümmer zu legen. Die vier Inhaber der Firma wurden vorläufig festgenommen, doch scheint für die Tat nur einer von ihnen in Betracht zu kommen. Die dort beschäftigten Arbeiter sind brotlos geworden.

Qualität und Preis

sind ausschlaggebend bei Ihrem Einkauf. Auch Sie sollten sich unsere Qualitäts-Konfektion zu unseren überwältigend billigen Preisen ansehen!

Mäntel

Damen-Mäntel 14 75
aus Velour de laine, Rücken ganz mit Blesen gesteppt

Damen-Mäntel 18 75
aus gutem Woll-Eskimo, halbschwer, das ganze Jahr hindurch zu tragen

Damen-Mäntel 29 75
aus Velour de laine, mit Fellplüsch-Schal und Manschetten

Damen-Mäntel 35 75
aus Velour de laine, mit Elektro-Kanin, Bubi-Kragen und reicher Stopperel

Schotten-Zibeline-Falten-Röcke 3 50
Velour de laine-Röcke 4 75

Kleider

Reinwoll. Kleider 6 75
Kasak-Form, aus unifarbigem Popeline, mit Treppenblende am Kragen

Reinwoll. Kleider 11 75
teils mit Faltenrock u. Bordüre, teils Jumperformen, offen u. geschl. zu tragen

Kasha-Kleider 13 50
teils Ton in Ton Schotten, teils Kasak-Formen mit Blenden-Abschluß

Jersey-Trikot-Kleider 19 75
teils zweiteilig, teils im ganzen geschnitten, modernste Farben, neueste Mechart

Reinseid. weiße Crêpe de Chine-Blusen mit Stüchchen u. Hohlsaum 11 75
mit Falten-Stopperel 12 75

Leipziger Textil-Gesellschaft m. b. H.
Brühl 21



Frisch-Fleisch

von nur Schlachtvieh 1. Klasse.

Prima Ochsenfleisch		Prima Schweinefleisch	
Lochfleisch . . . Pfd. 1.15	Bauch Pfd. 85 A	Keule Pfd. 1.10	Keule Pfd. 95 A
Querrippe . . . Pfd. 1.20	Kamm Pfd. 1.20	Ke eierten . . . Pfd. 1.10	Kamm Pfd. 1.20
Keine Rippe . . Pfd. 1.25	Gehacktes . . . Pfd. 90	Schmeer Pfd. 75 A	Gehacktes . . . Pfd. 90
Bratenfleisch . . K.Pf. 1.45	Rückenfett . . . Pfd. 75 A	Keule Pfd. 1.15	Bratenfleisch . . K.Pf. 1.45
Aufladen . . . Pfd. 1.20	Eisbalm Pfd. 45	Köpfe Pfd. 1.15	Aufladen . . . Pfd. 1.20
Quilash Pfd. 2.00	Schmeerfett . . Pfd. 75 A	Lamm-Fleisch	
Leude Pfd. 1.80	Schmeerfett . . Pfd. 75 A	Nierenbraten Pfd 1.35	Leude Pfd. 1.80
Roastbeef . . . Pfd. 2.00	Wickelbraten Pfd 1.30		
Zunge Pfd. 1.20	Hexen Pfd 85 A		
Gehacktes . . . Pfd. 1.20	Schnitzel Pfd 2.40		
Pa. Kalb- und Pfefferfleisch Pfd 1.00		Lamm-Rücken Pfd 1.20	
Brust Pfd 1.20	Lamm-Schulter Pfd. 1.15		Keule Pfd 1.30
Kamm Pfd 1.20	Lamm-Bauch . . Pfd 1.10		
Keule Pfd 1.30	Lamm-Rücken Pfd 1.20		
Lamm-Keule . Pfd 1.30	Lamm-Schulter Pfd. 1.15		

Jeden Dienstag aus frischen hiesigen Schlachtungen Rindsleber, Kalbsleber, Flecke, Kalbsgekröse, Kopf- fleisch, Kalbsfüße, Schweinsköpfe, Dickbälen zu den jeweils niedrigsten Marktnotierungen.

Lebensmittel

Butter u. Käse

Allerf. Molkereibutter . . . Pfd. 98 A	Wurzel-Getrocknet . . . 2 Pfd. Dose 40 A	Gemüse-Erbsen 2 Pfd. Dose 60 A
Holländer Blockkäse . . . Pfd. 78 A	Junge Erbsen 2 Pfd. Dose 60 A	dem. Gemüse 2 Pfd. Dose 85 A
Emmentaler Pfd. 78 A	Leipz. Allerlei I 2 Pfd. Dose 95 A	Spinat, dick eingekocht 2 Pfd. Dose 60 A
Edamer Käse, vollfett 1 Pfd. nur 55 A	Phaumen mit Stein . . . 2 Pfd. Dose 75 A	Apfelsinen in 2 Pfd. Dose 85 A
Allgauer Stangenkäse . . 1 Pfd. nur 55 A	Birnen, ganz Frucht . . 2 Pfd. Dose 1.25	Stachelbeeren 2 Pfd. Dose 1.20
Tilsiter Art Pfd. 75 A	Emmentaler o. Rinde, Stängel Karton 85 A	

Qualitäts-Konserven

Hochl. Bratheringe . . . 1-Ltr. D. 88 A	Hochl. Bismarckheringe 1-Ltr. D. 88 A	Hochl. Kronsardinen 1-Ltr. D. 88 A
Hochl. Hollmöpse . . . 1-Ltr. D. 88 A	Gerichte-Salat 1 Pfd. 30 A	Sardinen 1 Pfd. 30 A
Kapern 1 Pfd. 40 A	Mayonnaisen 1 Pfd. 40 A	Geliebissen 1 Pfd. 40 A
Matjesheringe . . . 10 Stck nur 35 A		

Konfitüren

Pflaasterleber Pfd 60 A	Birnen in Schokol. . . Pfd 60 A	Spitzkugeln Pfd 60 A
Nürnberger Allerlei . . Pfd 60 A	Lebkuchen-Oblaten . . Pfd 60 A	Nürnberger Oblaten-Ruchen
Friedrichsgrd. Zwieback 2 Pfd. 25 A	Vollmilch-Erdnub-Schokolade 200 gr. Tafel 80 A	Vollmilch-Schok. u. 1 Zusammengesetztespiel, 3 Tafeln à 100 gr. . . 1.00

Kolonialwaren

Kaiser-Russen-Mehl . . . 1.70 1.60 1.35	Weizenmehl 000 Pfd. 95 A	Erbsen, grün Pfd. 38 A
Erbsen, geschält, halbe . 1 Pfd. 38 A	Weißbohnen Pfd. 22 A	Linsen Pfd. 43 A
Blausen, calc. . . . 1 Pfd. 90 A	Mischob Pfd. 60 A	Birnen, calc. Pfd. 60 A
Aprikosen, große Früchte . 1 Pfd. 1.10		

Fischwaren

Hochl. Bratheringe . . . 1-Ltr. D. 88 A	Hochl. Bismarckheringe 1-Ltr. D. 88 A	Hochl. Kronsardinen 1-Ltr. D. 88 A
Hochl. Hollmöpse . . . 1-Ltr. D. 88 A	Gerichte-Salat 1 Pfd. 30 A	Sardinen 1 Pfd. 30 A
Kapern 1 Pfd. 40 A	Mayonnaisen 1 Pfd. 40 A	Geliebissen 1 Pfd. 40 A
Matjesheringe . . . 10 Stck nur 35 A		

Früchte u. Nüsse

Äpfel 10 Stck 85 A	Apfelsinen 10 Stck 85 A	Amerikan. Äpfel Pfd 85 A
Kranz-Äpfel Pfd 85 A	Salz-Äpfel Pfd 85 A	Smyrna-Äpfel Pfd 85 A
Smyrna-Äpfel Pfd 85 A	Marihu Pfd 85 A	Brachmandeln Pfd 1.20
Weinkerne 1/4 Pfd 85 A		

Fleischwaren

Deftkaffee-Sülze Pfd. 20 A	Fleischsalat Pfd. 30 A	Schweinskopf in Gelee . . Pfd. 30 A
Leber in Gelee Pfd. 45 A	Leber u. Leberwurst . . Pfd. 35 A	Leberwurst Pfd. 35 A
Leberwurst Pfd. 35 A	Leberwurst Pfd. 35 A	Leberwurst Pfd. 35 A

La Hausmach.-Wurstwaren

Teewurst Pfd. 50 A	Schinken Pfd. 50 A	Schinken Pfd. 50 A
Schinken Pfd. 50 A	Schinken Pfd. 50 A	Schinken Pfd. 50 A

Konfitüren-Marmeladen

Erdbeer-Marmelade . . . 1 Pfd. 95 A	Aprikosen-Erdbeer-Marmelade . 2 Pfd. 1.35	Smyrna-Äpfel Pfd 85 A
Smyrna-Äpfel Pfd 85 A	Smyrna-Äpfel Pfd 85 A	Smyrna-Äpfel Pfd 85 A

Bensdorper Cacao 1 Pfd. 95 A Wiener Liptauer 1/4 Pfd 48 A Räucher-Aal . . . Pfd nur 1.60

In allen übrigen Abteilungen

Ausverkauf

Große Posten Konfektion

Plisseerock 3.00 in fecher Ausführung	Kashakleid 8.00 in reizenden, neuartigen Formaten, in Größen 40-48 28.00 27.00 12.00
Morgenrock 3.90 für Kinder, in allen Größen, in sortierten Farben, zum Aussuchen	Tanzkleid 9.00 hochelegant, in vornehmer Ausführung, herrliche Abendfarben . . . 29.00 19.00
Morgenrock 10.00 Brokat, hochelegant, zum Aussuchen	Nachmittagskleid 17.50 welt, in Größen 46-50, aparte Ausführungen 35.00 25.00
Morgenrock 29.00 Heldo, gesteppt, eleg. Art. in wundervollen Farbcombinationen, zum Aussuchen	Damen-Mäntel 15.00 aus marinesabigem Ripstomán, mit prachtv. Besätzen z. Aussuchen 19.00
Damenkleid 5.50 eleg. aus Ripst oder Ripspolierne in reizenden Ausführungen 12.90 8.90	Damen-Mäntel 29.00 hochwertigste Ausführung, in allen Größen . . . 59.00 49.00 39.00

Große Posten Damen-Hüte

Hüte unsortiert, in Velvet, Silks, Stroh usw. Stück 75	Frauenhüte große Formen aus Kunstseide mit Ripband verarbeitet Stück 3.90
Hüte Stroh, Silks, Duveline, Davosmützen Stück 95	Seldenhüte Kunstseide, neueste Modelle, mit Filztuch komp. u. Metallmotiven Stück 4.90
Komp. Hüte Filz mit Velvet, Filz mit Stroh, Fantastgeflecht usf. Stück 1.90	Übergangshüte einzelne Stücke, beste Verarb. Stück 5.90
Trotteurs Filz, Velv. mit Filztuch, Stroh mit Ripband usw. Stück 2.90	Filzhüte Capelineform mit gutem Ripband Stück 5.90
Velourhüte kleine feiche Formen mit Ripband karniert Stück 3.90	Samthüte verschied. Ausfüh., kleine u. große Formen v. letzter Saison, Stück 4.90

K A U F H A U S BRÜHL

Inventory

Sie wissen,

daß wir in fast allen Abteilungen große Leistungen vollbringen.

Aus der Fülle des Materials greifen wir heute ganz besonders Konfektion, Putz und Wollwaren heraus.

Große Posten Wollwaren

Damen-Pullover Kunstseide, matt, vorzügliche Farben und Dessins 4.90	Damen-Sportwesten reine Wolle, viele Farben, mit Kunstseide, neueste Farben, rot-bian, blau-rot . . . 7.90
Damen-Lumberjack Balsaemuster 8.90	Damen-Pullover kräftige Qualitäten, in schönen Dessins 7.90
Damen-Pullover Lumberjack, Rock 9.75	Damen-Strickkleider Pullover, Rock, in wunderbaren Dessins 11.75
Damen-Strickkleider Größe 40 45 50 55 2.90 3.25 3.50 3.90	Kinder-Pullover



Es bleibt zunächst mild

Im weitaus größten Teil des mittleren Europa ist die Witterung während der vergangenen Woche erwartungsgemäß mild geblieben.

Dieser von Skandinavien aus erfolgte Kaltlufteinbruch bildete die einzige bemerkenswerte Erscheinung in der Witterung der vergangenen Woche. Er nahm seinen Ausgang schon vor acht Tagen aus dem Raum von Grönland, woher kalte Luft Südostwärts über das Nordmeer vordrang.

der Rechnung, der nach § 65 des Aufwertungsgesetzes aufzuwerten sei, da es sich hier um eine Einlage des Arbeitnehmers bei seinem Arbeitgeber handelte.

Mathilde guckt in den Mond

Alle ehemaligen Frontkämpfer, die während eines vierjährigen Krieges vergebens gehofft haben, ihren Feldherrn Ludendorff inmitten des Schlöngengrabens begrüßen zu können, werden demnächst Gelegenheit haben, ihm ihre Bewunderung für sein Durchhaltegenie ins Gesicht zu sagen.

Wir halten auch in diesem Falle an dem Brauche fest, internationale Spezialitäten unsern Lesern ausführlicher vorzustellen. Ueber Herrn Ludendorff sind nicht viel Worte zu verlieren.



Drei Rubenmat und Hildenborff

der pünktliche Abheber einer republikanischen Pension, an der zwölf gewöhnliche Arbeiter zu stemmen hätten.

Ueber Frau Ludendorff ist zwar dem pp. Publikum bisher wenig bekannt, doch wird sie nicht verfehlen, zur Unterhaltung bestens beizutragen.

Den Ursprung kennt sie. Es kommt ihr, aber darauf an, die Rechte der Mondnatur kennenzulernen, sozusagen tief in den Mond zu gucken.

Kommt alle an die Kurbel der Drehscheibe, deren Namen Aufklärungarbeit heißt, dreht unermüdet, dreht nicht, zu hastig und zu heftig, damit es dem deutschen Volke nicht vor den Augen flimmert, dreht langsam und stetig, damit das Volk die Rechte klar erkennt.

Man kann nach dem Gesagten der festen Ueberzeugung sein, daß es niemand gibt, der in der Unternehmung menschlicher Rechtschaffenheit (Urtliche ausgeschlossen) eine solche Übung besitzt wie Frau Mathilde Ludendorff.

Ein bedenkliches Urteil

Vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden wird uns geschrieben: Am 17. Dezember 1927 fand der Termin in der Sache W. gegen die Deutsche Reichspost statt.

Es war vom Juni 1921 bis mit 5. November 1925 als Postaussteller tätig. Während seines Dienstes hat sich W. angeeignet eine Mittelohrerweiterung zugezogen.

war, denn man verwendete ihn nicht einmal mehr als Aushelfer, stellte er den Antrag auf Unfallrente. Dieser wurde abgelehnt, weil Verjährung vorlag.

Es klingt schier ungläublich, daß aus einem so einfachen Brauchverfahren vor Sozialgerichten so enorme Kosten entstehen können.

Konkurrenzkampf der Brüder in Christo

Klingelt da ein wohlbeleibter Herr an unserer Wohnungstür und überreicht uns ein Exemplar des „Johanniboten, Mitteilungsblatt der Johannitsgemeinde.“

Achtung! Die Glieder der evangelischen Gemeinden werden gewarnt vor Sammlungen der katholischen Vinzenzianerwerke!

Die liebe Konkurrenz herrscht also auch in dem Geschäftsbetrieb der kirchlichen Betheiler. Da ist es zwischen den Katholiken und Protestanten aus mit der Liebe in Christo.

Neues von der Volksfürsorge

Im Laufe der letzten Tage hatte die Leipziger Rechnungsstelle der Volksfürsorge, wie uns von dieser geschrieben wird, wieder zwei interessante Fälle zu registrieren.

Der Arbeiter Max Uhlisch in Bennowitz hatte sich im Betriebe eine leichte Verletzung zugezogen, die er anfänglich gar nicht weiter beachtete.

Der Arbeiter Martin Reinhardt in Trebsen erlitt am 7. Januar im Betriebe einen schweren Unfall mit Schädelbruch und sonstigen Verletzungen.

Die Unfallgefahr ist weit größer, als sie für gewöhnlich eingeschätzt wird und da dieser Gefahr gerade der Arbeiter ganz besonders ausgesetzt ist, sollte kein Arbeiter und keine Arbeiterin versäumen, seinen Angehörigen gegen die schlimmsten Folgen solcher Unfälle durch eine gute Versicherung bei der Volksfürsorge zu versichern.

Die Kunst des Viebesverkehrs. Ueber dieses Thema spricht am Sonntag, 22. Januar, 20 Uhr, im Städtischen Kaufhaus der bekannte Berliner Genosse Dr. Max Hobann.

In einer Morgenfeier am gleichen Tage, 11 Uhr, in der Alten Handelsbörse spricht Hobann über das Thema „Sexualmoral“, das die Besucher des Abendvortrags besonders interessieren dürfte.

Volkschulstunde. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Der erste musikalische Abend der Volkschulstunde findet am Sonnabend, dem 21. Januar, im Festsaal des Neuen Rathhauses statt.

Heilighörsaal der Freibank. Sonnabend: Freibank I, 3001-5000, 1-1500, Freibank II, 3501-4250, 1-1150. Ab 11 Uhr, freier Verkauf.

Pollzelmachrichten

Ein erfundener Erfinder. In einer hiesigen Automobilhandlung erschien am 14. Januar 1928 der 27 Jahre alte Kaufmann Helmut Krause aus Marburg und kaufte einen Kraftwagen zum Preise von 18 000 Mark.

Während seines Dienstes hat sich W. angeeignet eine Mittelohrerweiterung zugezogen. Einen Antrag auf Unfallrente stellte aber W. nicht, weil er glaubte, Postbeamter zu werden.

Wo ruft die Pflicht?

Gemeindeverordneter-Konferenz.

Arbeitsgemeinschaft Großstädteln (Gaußsch-Deich, Marktleeberg, Böhlen, Jöbiger, Prödel, Probstbeuben, Großbeuben, Gaschwitz, Großstädteln, Südhna, Zwenkau, Jnnitz, Köpckbar, Rüssen, R-Storwitz, Adelsküh, Jeschütz). Sonntag, 22. Januar, 10 Uhr. Spricht Gen. Feilins über Leipzig über Wohnungsbau und Finanzen. Vollständiger Besuch ist Pflicht.
Die Konferenz in Liebertowitz wird auf den 5. Februar verschoben.

Funktionäre.

Stb. Bezirk und äußerer Osten. Sonntag, den 22. Januar, 9 Uhr, im Sophienkloster, Konradstraße 20: Wichtige Sitzung. (Berichte und Neuwahlen). Alles muß erscheinen.

Südostbezirk. Dienstag, den 24. Januar, 20 Uhr im Gasthof Probstheide.

Liebertowitz. Sonntag, den 22. Januar, 10 Uhr, im Wilhelmstift, wichtige Sitzung.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Heute, Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, Zl. 8, Volkshaus, Hauptversammlung. Lichtbildvortrag Gen. Braune, Berichte, Wahlen. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig. Vorfingebel Heute abend müssen alle unterkauten Karten für die Morgenfeier zurückgegeben werden. Später ist die Rückgabe ausgeschlossen!
Liebertow. Wir treffen uns am Sonntag, 11 Uhr, am Neuen Theater (Feuerwache). Alle müssen erscheinen. Plätze sind reserviert. Karten à 30 Pf. am Stellplatz. Für Finanzschwache wird nachgezahlt.

Jungsozialisten.

Zentrum. Heute abend 10.30 Uhr im Töpferheim, Vortrag des Gen. Berenz „Soziale oder politische Demokratie“.

Schule.

Elternratsobleute. Besuch mit den Kindern der Jugendweiche die Ausstellung „Das junge Deutschland“. Karten zu 30 Pf. im Sekretariat zu erhalten. Führungen mit Angabe des Tages und der Zeit bitte gleichfalls dem Sekretariat mitteilen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Leipzig. Sonntag kommen alle Kinder von 10 Jahren nachmittags 1/2 Uhr ins Heim, Blumenstraße, zu einer Ausprache.
Wiesbaden. Montag, 23. Januar, 20 Uhr, Helfersabend. Naturheilverein: Gymnastik, Tanz, Theorie.

Südboten. Alle Helfer treffen sich am Sonnabend, 1/2 20 Uhr, in der Thonberger Bibliothek zur Helfersitzung. Kommt alle, wichtige Beschlüsse.

Gruppe Friedrich Rühl trifft sich am Sonntag um 10 Uhr im Neuen Theater.

Gruppe Ise-Willy probt am Sonntag 10 Uhr im Heim, Schönefeldstraße.

Modau. Der Ausprache-Abend der neuen Helfer kann am Sonnabend nicht stattfinden: Heute zum Helfersabend ins Volkshaus. Sonntag, 1/2 14 Uhr, lustigen Nachmittags im Paradies, Eintritt frei.

Schönefeld. Montag, den 23. Januar, Helfersitzung im Heim. Da Neuerungsfaktion, ist es Pflicht aller, zu kommen. Ich möchte alle Helfer kennenlernen. Di. Hella.

1933.

Sprech- und Bewegungsschor. Heute, 19 1/2 Uhr, wichtige Probe für alle.

Mitglieder-Veranstaltungen

Zauka. Morgen Sonnabend, 19.30 Uhr, Jahres-Generalsammlung im „Reliefanstalt“.

Seebsch. Sonntag, den 22. Januar, 19.30 Uhr, im Gasthof Seebsch, Jahresgeneralsammlung.

Leipzig. Heute Freitag 8 Uhr, großer Hitzabend, im Gesenschen.

Morgen Sonnabend, beteiligen wir uns an der 25. Jahresfeier in Wiederitzsch. Abmarsch vom Markt um 7 Uhr. Anfang 8 Uhr, im neuen Gasthof Wiederitzsch.

Nordbezirk. Der Ortsverein Wiederitzsch begeht Sonnabend, den 21. Januar, abends 20 Uhr, im Neuen Gasthof Wiederitzsch seine 25-Jahres-Feier. Die Parteigenossen und Genossen des Nordbezirks werden ersucht, die Wiederitzscher Parteigenossen durch ihren Besuch zu unterstützen. Die Bezirksleiter.

Thonberg-Reureubitz. Sonnabend, 20 Uhr, im Restaurant Simeckreich, Jahres-Generalsammlung.

Böhlen. Morgen Sonnabend, 20 Uhr, bei Trebeles: Jahres-Generalsammlung.

Der Zentralverband der Angestellten führt gegenwärtig eine Werbung durch. Wir empfehlen unseren Lesern die zu diesem Zwecke der heutigen Ausgabe der Z. B. beigelegte Wer. ebeilage zu eifrigem Studium und sofortiger Befolgung der darin enthaltenen Aufforderung.



Aus der Umgebung

Gegen einen Baum gefahren

Gegen einen Baum gefahren ist auf der von Leipzig nach Markt- ranstädter fahrenden Staatsstraße ein mit zwei Personen besetzter Kraftwagen. Durch den heftigen Anprall wurde der Wagen sehr stark beschädigt, während der Fahrer derselben verletzt aufgehoben wurde. Der andere Insasse, die Frau des Schwerverletzten, zog sich eine Beschädigung des Beines zu. Beide fanden Aufnahme in einem Krankenhaus.

Wiederitzsch. Ein Vierteljahrhundert sozialistische Arbeiterbewegung. Die Erhebung der Arbeiterklasse zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und ihre Organisierung als Klasse im Orient fällt erst in den Anfang unseres Jahrhunderts. Sozialistengesetz, „bäuerliche“ Beschränkung, proletarischer Kleinmüt liehen die Bewegung erst spät reifen, die anderorts schon ein Vierteljahrhundert hinter sich hatte. Wie schwer es der Arbeiterklasse in Wiederitzsch auch unter diesem Zeitpunkt noch gemacht wurde, geht daraus hervor, daß die Gründungsversammlung in der Kirche im Restaurant „Zur Wähle“ abgehalten werden mußte. Zwei Gasthöfe und diverse andere Lokaltitäten sahen es wohl gern, wenn die Arbeiterklasse dort ihr Geld verzerierte, jedoch zu Organisationszwecken wurden die Lokaltitäten verworfen. Es war daher eine Tat, als sich am 28. Dezember 1902 in der „Wähle“ 15 Männer zusammenfanden, den damals sogenannten Arbeiterverein zu gründen, der sich im Jahre 1907 offiziell zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bekannte. Einer der damaligen Mitbegründer, Genosse Reinhold Bendig, befehlt mit der Gründungsfeier zugleich sein 25-jähriges Jubiläum in ununterbrochener Treue als Parteifunktionär, und wir haben ferner die Genugtuung, auch noch eine Anzahl der anderen Mitbegründer in unserer Kampflinie und in unserer Mitte verwirklicht zu sehen. Einige sind inzwischen verstorben oder durch das Völkermord 1914/18 aus unserem Kreis gerissen worden.

Wie notwendig die Gründung eines Arbeitervereins war, geht aus den Erfolgen hervor, die in der Folgezeit geistert werden konnten.

Sonntag, den 22. Januar, im Neuen Theater

Morgenfeier der Jugend

Ausgeführt wird der Sprechchor von Bruno Schönant

Der gespaltene Mensch

Die Feier wird umrahmt von Liedern des Jugendchores unter Leitung des Genossen D. D. a. m. — Beginn der Feier 11 Uhr. Eintrittskarten zu 1 Mark, 60 und 30 Pfennig.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

ten. Schon zwei Jahre nach der Gründung hielt der erste Arbeiter-vertreter, Genosse Reinhold Bendig, seinen Einzug in das Wiederitzscher Dreiklassenparlament. Wenige Jahre darauf wurde nur durch eine kraft Interessenspolitik der „königlichen“ Behörden eine Erhebung auch der sogenannten 2. Wählerklasse verhindert. Erst die Revolution gab den Weg frei zum vollen Siege der Arbeiterklasse: 11 Arbeitervertreter standen gegenüber 3 Bürgerlichen. Natürlicher war das Bürgertum bekämpft, in den Tagen der Reaktion lag an den Trägern der sozialistischen Ideen zu rächen. Was sie erreichten, war jedoch nur ein Aufsporn zu erhöhtem Kampfesfer. Eine staltliche Reihe von der Idee auf dienender Genossen haben zum Teil in mehr als zwanzigjährigem ununterbrochenem Kampfe bis auf den heutigen Tag der Reaktion, die Stren geboten; und wie aus der Entwicklung hervorgegangen ist, nur zum Allgemeinwohl der arbeitenden Klasse. An ihren Werken soll ihr erkennen: der Bau der Volksschule mit ihren vorbildlichen fortschrittlichen Einrichtungen (Recht- und Gymnasialfreiheit), der Neubau von verschiedenen Wohnhäusern, der Wasserleitung, der Straßenbahn und elektrischen Straßenbeleuchtung, die Erweiterung von vielen bebauten und ungebauten Grundstücken in Gemeindegut, der Gemeindeportplätze usw. legen beherdes Zeugnis ab von den sozialistischen Errungenschaften auf allen Gebieten.

Zum Glück und Ausblick wird sich bei der Gründungsfeier am 21. Januar noch besonders Gelegenheit finden. Die Feier findet statt im Verein mit Partei, Arbeiterbildungsinstitut Leipzig und Arbeitergefangenenverein Wiederitzsch in Form einer künstlerischen Veranstaltung im Neuen Gasthof in Wiederitzsch. Jeder organisierte Arbeiter hat die Pflicht, die Feier zu einer wirklichen Demonstration für das Klassenbewußte Proletariat zu gestalten. Sie soll Bekenntnis und Gelübde sein des Siegeswillens des Proletariats.

Erfolgsreife Gemeindeverordnetenversammlung. In der ersten Gemeindeverordnetenversammlung dieses Jahres gab der Bürger-

meister einen Rückblick über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung im Jahre 1927 und sprach dem Gemeindeverordnetenkollegium seinen Dank für die im Interesse der Gemeinde geleistete Arbeit aus. Aus seinen Schlussfolgerungen war zu entnehmen, daß auch unsere Gemeinde wie fast alle Gemeinden mit Finanzschwierigkeiten zu rechnen habe. Als Gemeindeverordneterwähler wird Genosse Bassi einstimmig gewählt. Als stellvertretender Vorsitzender fungiert Weber, SPD. Nachdem nunmehr das Projekt Errichtung eines Turn- und Sportplatzes durchgeführt ist, soll ein Erbbaupachtvertrag zwischen der Gemeinde und dem Turn- und Sportverein „Frohman“ abgeschlossen werden. Man nimmt Kenntnis vom Auktionsverkauf des Herrn Postkötter an die Stadtgemeinde Leipzig. Bei diesem Verkauf kommt die Abführung von Grundbesitzersteuer und Wertzuwachssteuer in Frage. Der Weg nach Böhlich-Ehrenberg soll ausgebaut werden.

Scheuch. Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung im neuen Jahre artete durch Agitationenreden der RPD und durch das Betragen des Spähmachers Alfred Müller vom Ordnungsblok zu einer Dauerfeier aus. Die Tribüne war überfüllt. Der Vorsitzende Gen. Schulze wirkte in längerer Ausführungen alle zur Ausführung gelangten größeren und wichtigsten Projekte. Als erster Vorsitzender wurde mit den 3 Stimmen der RPD der Genosse Schulze mit 10 Stimmen wiedergewählt. Der Stadtverordnete Herrmann, Ordnungsblok, erhielt 8 Stimmen. Mit diesen 8 Stimmen wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Als Schriftführer wurde der Stadtverordnete Beyer, RPD, mit 11 Stimmen gewählt. Ein Ordnungsblocker hat ihm seine Stimme gegeben. Als Protokollführer wurde mit allen 18 Stimmen der Stadtschreiber Roland gewählt und zugleich vom Bürgermeister verpflichtet. Sämtliche Kommissionen behalten in der Hauptsache ihre Zusammensetzung.

Genosse Pechold hatte in einer der letzten Sitzungen beantragt, den Licht- und Kraftstrompreis um zehn bis fünfzehn Prozent zu senken. Diese Senkung um 11 Prozent war gleichbedeutend mit der Senkung der Ordnungsblok aus den Kästen der Städtischen Werke zur Senkung der Realheuern verwenden wollte. Durch den abschätzweisen Umbau des Elektrizitätswerkes vom Gleichstrom zum Drehstrom entstehen alljährlich große Kosten. Bis zur Erledigung dieses Umbaus soll von einer Herabsetzung der Strompreise abgesehen werden. — Die Uebernahme von Bürgerschaften für die 2. Hypotheten bezüglich der Neubauten der Siebener an der Geleener Straße und Anlegung eines Bürgerschaftsfonds wurde einstimmig genehmigt. — In den Sparlückenordnung wurde der Stadtschreiber Beyer und der Genosse Pechold gewählt. — Durch die Neueingliederung der Dienstbezüge der Staatsbeamten macht sich die Aufstellung einer neuen Besoldungsordnung für die städtischen Beamten und Angestellten notwendig. Genosse Böhm als Referent schlägt vor, die vorliegende Vorlage, wonach der Stadtverordnetenversammlung nach Aufstellung durch Magistrat und Finanzkommission nur Kenntnis gegeben werden soll, abzulehnen. Zur Annahme empfiehlt er einen Antrag der Beamten und Angestellten, wonach in Gemeinschaft mit der Vertretung des freien Beamtensyndes der Magistrat und die Finanzkommission die Besoldungsordnung aufstellen und die Stadtverordnetenversammlung endgültig beschließt. Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Das Wohnungsbauprogramm, vertreten durch den Genossen Oelsner, brachte eine lange, zum Teil sehr erregte Ausprache hervor. Im ganzen sollten in diesem Jahre 34 neue Einzel- und Dreizimmerwohnungen gebaut werden. Durch die Gestattung der Baumaterialpreise, der Herabsetzung der Hausversicherungsprämien auf 3000 Mark und den hohen Zinsfuß für die zweiten Hypotheten werden die Mieten sehr hoch. Sie schwanken zwischen 500 und 800 Mark. Allen Voraussicht nach werden sich aber die Mietpreise durch besondere Umstände bedeutend senken lassen. Z. B. durch Richtzonenstellung der Baupläne, Erhöhung der Hausversicherungsprämien, Herabsetzung des Zinsfußes und dergleichen mehr. Der Referent sowie seine Fraktion stehen auf dem Standpunkt, daß unter allen Umständen gebaut werden muß. Die große Wohnungsnot und der Arbeitsmarkt erfordern derartige Maßnahmen dringen. Schubert und Rüdiger, RPD, schwandronierten anschließend das „antstatistische Zeug“. Schubert fordert behelfsmäßige Bauten (Baracken), die über von unseren Genossen entschieden abgelehnt werden. Auch der ärmste Arbeiter hat Anrecht auf eine menschenwürdige Wohnung. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der Bau von 34 Wohnungen, die nahezu 300 000 Mark Baufkosten verursachen, in eigener Regie beschlossen.

Wichtige Dringlichkeitsanträge waren noch zu erledigen. Der Stadtverordnete Schäfer berichtet über den Ankauf eines Motorspritzenzuges. Die Kosten betragen einschließlich der Schäden 34 000 Mk. Durch Anbau am Feuerwehrdepot und durch Schaffung zweier Wohnungen für die Bedienungsmannschaften erhöht sich diese Summe auf 69 000 Mk. Wesentliche Beihilfen stehen zur Verfügung. Einstimmig wurde die Ankauf beschlossen. — Die Fraktion der SPD ersucht den Magistrat, den Stadtverordneten baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, die die Errichtung von Braue- und Bannensbädern im alten Wasserwerk vorsieht. Scheuch hat überhaupt, außer den reichen Leuten, keine Badegelegenh. Hier schenktens Hilfe zu schaffen, ist ein Gebot der Stunde. — Die meisten übrigen Anträge der RPD hatten durch getroffene Maßnahmen ihre Erledigung gefunden.

Herren-Winter-Joppen

Bisher M. 1375 bis 4200

Jetzt M. 975 bis 2900

Herren-Wind-Jacken

Bisher M. 750 bis 3900

Jetzt M. 400 bis 2900

Herren-Sport-Anzüge

Bish. M. 2900 bis 11000

Jetzt M. 1600 bis 7700

Herren-Gummi-Mäntel

Bisher M. 1900 bis 4900

Jetzt M. 1200 bis 3400

Herren-Ulster u. -Paletots

Herren-Anzüge

Herren-Hosen

Manch.-Leibchen-Hosen

Jetzt ... M. 2.50 bis 3.30

Manchester-Knie-Hosen

Jetzt ... M. 4.40 bis 5.40

Leipzig, Roßpl. 1

Neben der Markthalle



bisher bis. M.	24.-	33.-	39.-	45.-	54.-	59.-	63.-	79.-	84.-	98.-	120.-
jetzt ... M.	11. ⁵⁰	19. ⁵⁰	29.-	34.-	39.-	45.-	49.-	54.-	59.-	69.-	79.-
bisher bis M.	24.-	36.-	43.-	49.-	59.-	63.-	76.-	85.-	89.-	108.-	135.-
jetzt ... M.	15.-	24.-	29.-	34.-	44.-	49.-	54.-	64.-	69.-	79.-	89.-
bisher bis M.	4.90	6.40	7.50	8.75	9.75	11.50	13.50	15.50	18.-	20.-	24.-
jetzt ... M.	3. ⁵⁰	4. ⁵⁰	5. ⁵⁰	6. ⁵⁰	7. ⁵⁰	8. ⁷⁵	9. ⁷⁵	11. ⁵⁰	13. ⁵⁰	15.-	17.-

Friedrich Treumann

Knaben-Mäntel

Bisher M. 825 bis 3400

Jetzt M. 590 bis 2100

Knaben-Anzüge

Bisher M. 730 bis 3100

Jetzt M. 430 bis 1930

Knab.-Manch.-Anzüge

Bisher bis M. 1275

Jetzt M. 830 930 1030

Manch.-Jünger-Anzüge

Bisher bis M 2730

Jetzt M. 1675 bis 2075

Stoff-Leibchen-Hosen

Jetzt ... M. 0.95 bis 2.45

Stoff-Knie-Hosen

Jetzt ... M. 1.50 bis 4.90

Leipzig, Roßpl. 1

„Hotel Grüner Baum“



Radikal

herabgesetzt sind die Preise
in unserem



INVENTUR-AUSVERKAUF

Versäumen Sie nicht, unsere Schau-
fenster-Auslagen zu besichtigen!

Varnhagen

Reichsstraße 42-44
(Ecke Brühl)

Einige Beispiele:

Damen-Brokat-
Stoff-Spangen-
Schuhe in allen
Farben..... von **3.90** an

Hellfarb. Dam.-
Spang.- Schuhe
mit Abs. L. XV. von **5.90** an

Damen-
Lack-Spangen-
Schuhe..... von **6.90** an

Herrn-Lack-
Halb-
schuhe, elegante
Formen..... von **9.25** an

Herrn-Rind-
box-Strapsier-
Stiefel..... von **7.90** an

Herrn-
Tour.-Stiefel
1a Qualität..... **13.25**

Stellenangebote

Bewirtschaftler

Hier unser Vereinslokal (Kaffee) gesucht. Bewerber müssen Erfahrung im Gastwirtsberufe, Küche, Keller usw. besitzen. **Vorteilhafteste Voraussetzungen** Berücksichtigung. **Bewerbungsfrist** 1. Februar 1923. Näheres durch den Vorstand.

S.B.D. Ortsverein Quasnik

Fr. Gottschalk, 1. Vorsitzender. Geluche müssen mit der Aufschrift "Bewerbung" versehen sein.

Nebenverdienst!

Verkauf von Schokoladen in Betrieben. Offerten unter S. 34 an die Exped. d. Bl. **Tauscher Str. 19 21**

Halb!

18 Mark nur kurze Zeit! **Eisenerstr. 46, 1.** **Teilzahlung** **Wochen 12, 50 Rente** **Beiten, Köben, 50 Rente** **Blumen, Schälchen,** **Schürzen, Tischläufer,** **Stn. Schmirgelstr. 7**

Verkaufe

Gutehaltene **Maßanzüge** wie neu, sehr bill. **Altmanns** **Herrenoberbekleid.** **Verkaufsbüro 9, 1.** **gegenüb. Althoff**

50% zu verkaufen. **Befichtigung** von 10 bis 6. **Neufl.** **Subwigstraße 8, III. z.**

Wer Verbindung mit der Arbeiterschaft in Leipzig und Umgegend sucht, muß in **der Volkszeitung** inserieren!

Feinste Tafelbutter

à 1/4 Pfd. - Stück 1.05 Mk. (aus eigener Molk.). **Kümmel-Stampenbutter** à Stück 8 Pfg. **Trischer Spaisquark** à Pfd. 25 Pfg. **empfiehlt** **Walther Vogel, L.-Gohlis** **Kallische Str. 117**

Teilzahlung



Damen **Mäntel** ab 19.- **Kleider** ab 12.- **Kostüme** ab 22.- **Röcke, Blusen** ab 10.- **Herren** **Mäntel** ab 39.- **Olster** ab 39.- **Anzüge** ab 39.- **1. Straße Sport u. Gesellschaft** **Kind-Anzüge, Kleider, Mäntel** **Gardinen — Teppiche** **Riesen-Auswahl** **bei** **M. Baumgärtel** **Königsplatz 9, I., neben Grassl-Museum.**

Volkshaus - Fleischerei

Jeden Tag in Qualität **frische hausgeschlachtene Würst** **Verkauf auch über die Straße**

Der Inventur-Ausverkauf **muß Sie zu uns führen**

DAMENHÜTE
Filzhüte von **0.50** an
Samthüte von **0.95** an
Velourhüte von **3.95** an
Seidenhüte von **2.95** an
Elegante schwarze Filzlocke **4.95**

PELZE
Füchse von **20.-** an
Wölfe von **50.-** an
Skunkskragen **95.-** an
Gazellen-Mäntel **150.-** an
Fohlen-Jacke **250.-** an

HERRENHÜTE
Wollhüte von **0.95** an
Haarhüte von **3.95** an
Mützen von **1.-** an

Hut-Ziege
BRÜHL 18

wegen Aufgabe des Artikels besonders **billig** von **0.95** an **von 3.95** an

Allgem. Arbeiter-Bildungs-Institut: Kunststelle

Alte Handelsbörse. Sonntag, den 22. Januar, 11 Uhr, Morgenfeier. **Dr. Max Dobann: Sexualmoral.** Eintritt frei.

Städtisches Kaufhaus. Sonntag, den 22. Januar, 20 Uhr, **Dr. Max Dobann: Die Kunst des Liebesverkehrs.** Eintritt 1.00 Mk., Nichtanrechter 1.50 Mk., Jugendliche 50 Pfg.

Altes Theater. Donnerstag, den 2. Februar, 20 Uhr, **"Sinderhannes"**. **Witchanrechtsvorstellung** für gelbe Karten. Einzelplatz 1.75, 1.40 Mk., 4. Platz 40 Pfg.

Altes Theater. Dienstag, den 7. Februar, 20 Uhr, **"Sinderhannes"**. **Witchanrechtsvorstellung.** Preise wie vorher.

Sinfonie-Konzert. Mittwoch, den 8. Februar, 20 Uhr, im Saale des Konservatoriums. Leitung: Kapellmeister **A. Eisenberg.** Das verkürzte **Leopold Sinfonieorchester.** Solist: **Rudolf Macquignette (Klavier).** **Programmsfolge:** 1. **Joseph Marx: Romanisches Klavierkonzert** (zum 1. Mal). 2. **Richard Strauss: Alpen-Sinfonie.** Anrechter 1.00, Nichtanrechter 1.50 Mk., Jugendliche und Erwerbslose 50 Pfg.

Unser **Inventur-Ausverkauf** **dauert fort und bringt nach wie vor große Preisherabsetzung zum Teil bis 50%.**

Teppiche
Gardinen
Decken

Teppich-Engel
Preußergäßchen 1-3, Ecke Peterstr.

Inventur Ausverkauf
vom 20. Januar bis 3. Februar

Meine Schaufenster bringen Ihnen den Beweis in Qualität und Preis, wo selbst der Fachmann zuckt!

Kamelhaarstoff - Ohrensuh für Kinder	jetzt 50
Filzschürstiefel in vielen Farben für Kinder	jetzt 75
Kamelhaarstoff - Umschlagschuh Größe 38-41, Marke „Go“	jetzt 1.50
Damenfilzschuh teinfarbig, mit guter Ledersohle und Absatzleiste, alle Größen	jetzt 1.95
Groß, Posten Damenspangen- u. Schnürschuh Einzelpaare, gute Qualität	jetzt 3.90
Damenspangenschuh R.-Chevr. unter Strassenschuh, alle Größen	jetzt 4.75
Schön, Lackspangenschuh alle Größen mit Block-Absatz, Blatt durchbrochen	jetzt 5.50

Eleganter Lackspangenschuh in grau, braun, beige, zum Ausuchen **jetzt 9.50**

Etwas Außergewöhnliches

Mehrere 100 Paar

Damen-Luxus-Spangenschuh in grau, Kalbleder, mit echt Chevreau unterlegt, darunter auch schwarz und grau Nubuk, sowie Wildleder mit Lack besetzt, solange Vorrat reicht, zum Einzelpreis **jetzt 7.90**

Herrn-Stiefel u. -Halbschuh echt Rindbox und R.-Chevreau randgenäht, spitz und breit **jetzt 7.50**

Sowie alle Sorten Damen-, Herren- und Kinder-Schuhe bis zur feinsten Ausführung

Ranstädter Schuh Bahr Eisenbahnstraße 12

Bevor Sie Ihren Bedarf an **Konfektion** beden, besuchen Sie mein **Stagengeschäft**

Sie erhalten auf **Teilzahlung**

Mäntel f. Herren u. Damen, Anzüge und Kleider für StraÙe und Gesellschaft, Regen- und Bekleidungs-Joppen, Selen u. dergl., Konfektion für Kinder

Bei Barzahlung erhalten Sie 10 Proz. Ermäßigung!

Hertlein Eisenbahnstr. 33 II. Etage **für 8 Pfennig**

Ausverkauf

Solide Lederwaren
Geschenk - Artikel

Kirschbaum
Neumarkt 38

Inventur-Ausverkauf



Hallo!
Sie können billig kaufen!



Damen-Konfektion

Damen-Kleider aus bedruckter Kunstseide, in hübschen Mustern **2 75**

Tanz-Kleider aus Kunstseidenem Tüll, in schönen Lichtfarben **5 75**

Mäntel 1 Posten aus Witom, und warmen Stoffen, teils mit Umfell oder Pelz besetzt aus reiner Wolle, reich mit Goldstickerei **12 75**

Seal-Blüsch-Mäntel aus a. Damast gefüttert **29 50**

Herren-Artikel

Herr. u. Knb. Sportmägen aus teuren Serien, gefällige Formen **85**

Moderne Selbstbinder Regattes und Schiefen 2 Stk. **95**

Spazierstöcke Manika-Rohr, extra Hart, sensationell bill **95**

Oberhemd moderne Muster, m. unterleider Brust **2 75**

Damenstrümpfe aus gut Halbseide, m. feiner Kante, schön, Griff-Sortim., **3 75**

Ein günstiges Angebot

Elegantes weißes Tanzhemd mit feinstem u. gemul. Batist-Gew. mit Klappmanschetten **3 75**

Strümpfe/Trikotagen

Herren-Socken aus guter kräftiger Baumwolle Paar **38**

Herren-Socken Jacquard, neue Muster Paar **68**

Herren-Einfachhemden mit Ries- u. Zerklein., gute Rumpfst. **1 95**

Herren-Normalhemden gute wollgemischte Qualität **1 95**

Herren-Normalhosen gute wollgemischte Qualität **1 85**

Besonders billig

Herren-Handschuhe mit Leder u. Trikot, Qualitäten Paar **95**

Herren-Hantoffeln aus Filz oder Wollfilz, mit starker Lederhülle, teilm. m. Filzwischen. Paar **1 95**

Herren-Niedertreter Klein Kamelhaart m. Wollse. Lederreinfall m. Filz u. Lederhülle Gr. 41-46. Paar **3 90**

Herrenstiefel u. Halb-schuhe Leder u. Led., in einzelnen Größen Paar **10 50**

Gewerkschaftliche Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Berband, Ortsverwaltung Leipzig
Tel. 34021 u. 34011. Geschäftst. vorm. u. 9-12 Uhr nachm. 4-5-7 Uhr. Sonnabends vorm. 9-12 Uhr
Schmiede! Seite Freitag, den 20. Januar, 19.30 Uhr, findet im Volkshaus **Versammlung der Schmiede aller Branchen** statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz; 2. Wahl der Generalversammlungsdirektor.

Familien-Nachrichten

Leipzig, den 18. Januar 1928 Nürnberg. Straße 40
Ernst Winkler (Woll-Winkler)
Maria Winkler geb. Langmesser
Vermählte.
Eine gewisse Sorte von Menschen wird sich ja nun wohl zufrieden geben.
Der Obige.

Tieferschüttelt trifft uns die Nachricht von dem Dahinscheiden unseres hochverehrten Chefs, des **Druckereibesetzers, Herrn**
Otto Teubert
Der Entschlafene war uns jederzeit ein wohlwollender, edel denkender Chef und ein Vorbild treuer Pflichterfüllung. Wir werden seiner stets dankbar und in Ehren gedenken.
Leipzig C1, Härtelstr. 21, den 19. Januar 1928.
Das Personal der Firma Otto Teubert.

Danf. Allen denen, die uns durch ihre Teilnahme bekundeten, daß sie mit uns fühlen, welche Schmerzen wir durch den Tod unserer Tochter, Schwester, Tante und Braut
Gertrud Baumann
erlitten haben, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
In tiefer Trauer
Familie Kurt Baumann
Gerabera, Eifer
Alfred Höppler als Bräutigam
Leipzig O 28

Wiederum hat unser Verein einen herben Verlust zu verzeichnen. Plötzlich und unerwartet entzog uns der Tod unsere warde, treue und langjährige Genossin Frau
Lina Stone
Ihre Andenken werden wir jederzeit in Ehren halten.
Deutscherin GMD. L. Deutsch
Die Genossinnen u. Genossen treffen sich Sonnabend, den 21. Januar, 13.30 Uhr, am Krematorium Südfriedhof zur Trauerfeier

Inventur-Ausverkauf
B. Hirsch-Schneider
Gegr. 1899
Erstes Modehaus für Damenhüte
Bei nur erstklassiger Verarbeitung biete ich jetzt:
Samthüte von 4 Mark an
Wollfilzhüte von 3 Mark an
Haarfilzhüte von 11 Mark an
Velour solet von 20 Mark an
Seldenhüte von 6 Mark an
Petersstr. 39, 41

Gute Refleme
in der Leisiger Volkszeitung bringt
Gute Geschäfte

Inventur-Ausverkauf
la Qualitäten zu fabelhaft billigen Preisen
Strümpfe
für Damen und Herren
bis **50%** ermäßigt
Jedem ein Geschenk gratis!
Lady Salon Nicolaistr. 2

Bemberg-Seide	1 95
Trama-Seide	
Wolle mit Seide	3 95
Hemdhosen mit Spitze	
Röcke Atlas	
Schlupfhosen	2 95

Allgemeine Ortskrankenkasse Brandis-Wurzen-Land.
Die Wahl des Vorstandes betreffend.
Die Wahl der Vertreter zum Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Brandis-Wurzen-Land, erfolgt Sonntag, den 28. Februar 1928 in der Geschäftsstelle Brandis, Große Windmühlengasse 12, und zwar für die
Versicherten-Vertreter von 10-12 Uhr und die Arbeitgeber-Vertreter von 13-15 Uhr.
Die Wahlen sind geheim. Gewählt wird auf Grund von Vorschlagslisten nach den Grundätzen der Verhältniswahl. Zu wählen sind
6 Vertreter der Versicherten und 12 Stellvertreter
3 Vertreter der Arbeitgeber und 6 Stellvertreter.
Die Wahlzeit dauert fünf Jahre. Die Wahl der Versicherten- und Arbeitgeber-Vertreter erfolgt in getrennten Wahlhandlungen. Wahlberechtigt und zwar getrennt in ihren Gruppen, sind die neugewählten Ausschussmitglieder, denen besondere Einladungen zugegangen sind.
Wählbar sind die in § 70 der Kassensatzung bezeichneten Personen.
Es wird hierdurch unter Hinweis auf § 15 der Reichsversicherungsordnung aufgefordert, spätestens vier Wochen vor dem Wahltag Vorschlagslisten beim Vorstand der Kasse, Brandis, Große Windmühlengasse 12, einzureichen.
Später eingehende oder für unzulässig zu erklärende Listen werden nicht berücksichtigt. Die Vorschlagslisten sind getrennt für die beteiligten Versicherten und Arbeitgeber aufzustellen und sollen dreimal soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. Zur Einreichung von Vorschlagslisten sind berechtigt die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer oder die Verbände solcher Vereinigungen. Diesen Vorschlagslisten stehen gleich Vorschlagslisten von Versicherten, die von mindestens 120 Wahlberechtigten unterzeichnet sind und Vorschlagslisten von Arbeitgebern, welche Unterschriften von mindestens 30 Wahlberechtigten tragen, die zusammen mindestens 120 Stimmen haben. Dasselbe gilt von Vorschlagslisten mit mindestens 2 Unterschriften von Vertretern der Arbeitgeber oder der Versicherten, die der betreffenden Gruppe im neugewählten Ausschuss angehören. In jeder Vorschlagsliste ist ein Vertreter derselben zu bezeichnen.
Die zugelassenen Vorschlagslisten sind vom 6. bis 11. Februar 1928 während der üblichen Geschäftszeit zur Einsicht der Beteiligten im Kassensbüro ausgelegt.
Die Stimmabgabe ist an die zugelassenen Vorschlagslisten gebunden. Jeder Wähler hat nur eine Stimme. Sollten auf gültigen Vorschlagslisten nur soviel wählbare Bewerber benannt werden, wie Vertreter zu wählen sind, so gelten diese in entsprechender Anwendung des § 10 der Wahlordnung als gewählt.
Verbundene Vorschlagslisten werden nicht zugelassen.
Im übrigen finden die Vorschriften der Kassensatzung und der Wahlordnung Anwendung. Druckstücke sind an Kassensstelle kostenlos erhältlich.
Brandis, am 15. Januar 1928.
Der Vorstand,
(ges.) P. K e m m, Vorsitzender.

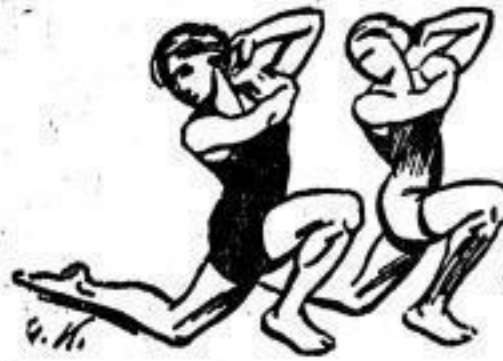
In unserem Inventur-Ausverkauf bringen wir nur morgen Sonnabend

Herren-Halbschuh	7 45
braun Rindbox, weiß gedoppelt, mod. Form alle Größen. Eine Gelegenheit!	
Lack	9 45
elegante Form, weiß gedoppelt, gute Verarbeitung, alle Größen. Riesig billig!	

Schuhwarenhaus Königsberg
Leipzig Halle

Hausgeschlachte Wurstwaren
Pa. Schweinefleisch 1 00-1 20
Täglich warme Wurst
W. Meierholm, Lutzsch,
Karlsruhe, Ecke Weststr.

Reformbetten
Holzbetten - Kinderbetten
Auflegematrizen
Ref.-Unterbetten - Stoppdeck.
Solas - Cha'selongs
Teilzahl, ohne Aufschlag, sof. Lieferung
F. Enke, Elsterstraße 48, I. Etg.



Sport-Spiel & Körperpflege



4. Jahrgang / Bellage zur Leipziger Volkszeitung / Nummer 35

Sportartikel.

Am Sonntag, den 22. Januar, 10 Uhr, im Leipziger Neues Theater, Vortrag ...

Turner.

Beitragsturnier. Sonntag, den 3. Februar, Beitragsturnier im großen Saale ...

Turnspiele.

Vertrag zu den Spielen am 22. Januar 1928.

13.30 Uhr: Schönefeld - Bismarck (188). Die Partie der beiden ...

Waffen.

10.30 Uhr: Jahn-Deutscher - Bismarck (183). Schieß, in offen ...

Schieß.

10.30 Uhr: Schönefeld - Bismarck (188). Die Gäste ...

Waffen.

10.30 Uhr: Jahn-Deutscher - Bismarck (183). Schieß, in offen ...

Zirkusgesellschaften. Danks 1. Jg.; Großp. 2. Jg. ...

Wassersport. Sonntag, den 22. Januar 1928, 10 Uhr: ...

Fußball.

Königliche Spielvereinigung. Bezirk Leipzig.

Kommen Sonntag wird wiederum im Lager der Arbeiter-Fußballer ...

Königliche Bekanntmachungen 218.

Freizeitsport. Der Bezirksverband ...

Athleten.

Wassersport. Sonntag, den 22. Januar, 10 Uhr, im ...

Arbeiter-Schwimmverein Leipzig. Wasserballspieler ...

Kadefahrer. Abteilung Süd, Sonntag, den 22. Januar, 8 Uhr ...

Arbeiter-Schützenbund.

Ordnungsgruppe Leipzig. Schütz. Weh. ...

Naturfreunde.

10.30 Uhr: Jahn-Deutscher - Bismarck (183). Schieß, in offen ...

Verband Volksgesundheit.

Freizeitsport. Der Bezirksverband ...

Gamartier.

Kolonie Leipzig. Bekanntmachung Nr. 3. 1. Februar ...

Alle Bundesgenossinnen und Genossen kaufen ihre Turn- und Sportkleidungen, auch Ausrüstungen im Stadtschätz des A.-T.-V. (Filiale des Bundesgeschäfts), Zeltzer Straße 5 (Sport-Zentrale). Tel. 82844

Sonntag, den 22. Januar 1928, 14 Uhr im S. L. 2. Stadion Leipzig-Städtisch

V. f. L. Südost I - Spiv. Preußen-Mockau I

Turn- u. Sportverein L. Ost

Sonabend, den 21. Januar 1928, im Albertgarten

Großes Kostümfest

Darstellend ein Waldfest - Für Humor ist bestens gesorgt.

Eintritt: Vorverkauf 60 Pfg., an der Kasse 75 Pfg. Es ladet freundlich ein Der Turner.

V. f. L. Anaukleeberg. C. V.

Sonntag, den 22. Januar 1928, 14 Uhr, im Volkshaus

Jahres-General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichte, 2. Neuwahlen, 3. Anträge, 4. Vereinsangelegenheiten, 5. Verchiedenes, 6. Wirtliches Ercheinen aller Vereinsmitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.



Was ist: Restlos entstaubt ??

Nur die restlose Entstaubung erzielt die ungetrübte Entfaltung des reinen Tabak-Aromas. Sie gelingt allein durch die Anwendung einer bestimmten technischen Neuerung. Alle Zirzi-Zigaretten werden durch das neue Verfahren restlos entstaubt.

EXTRA 4 s • EXQUISIT 5 s • NORISO 6 s

Neu!! ZIRZI-RIMATTI in 25 St. Blechnackung 5 s

Generalvertreter: Emil Siehl, Leipzig O. 27, Sommerfelder Straße 44. Fernaph. 62700.

